

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einlenkung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 24

Sonnabend, den 11. Juni 1927

31. Jahrgang

Gewerkschaftsbewegung und Unternehmerhoffnungen.

Die Gewerkschaften erfreuen sich bekanntermaßen bei den Unternehmern keiner besonderen Beliebtheit. Sie sind ihnen unangenehm, verhasste Einrichtungen. Man kann es daher vom Standpunkt der Unternehmer verstehen, wenn sie die Gewerkschaften zu allen Teufeln wünschen. Doch die Zeiten, wo im Betriebe wie in der Wirtschaft der Wille des Unternehmers alles, der des Arbeiters nichts galt, sind vorüber, wenngleich die Erinnerung daran noch recht lebendig ist. Es ist noch nicht allzu lange her, wo der seltsame Stumm als absoluter Industriepasha die Sklavenpeitsche über Saarabien schwang und sein System allen großen und kleinen Scharfmachern als nachahmenswertes Beispiel erschien.

Der Stummische Geist lebt auch heute noch im Unternehmerlager; mit seiner unbeschränkten Herrschaft ist es aber aus. Die Arbeiter sind zum Selbstbewußtsein erwacht. Sie fordern die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Unternehmern, vernünftige Arbeitsverhältnisse, Verkürzung der Arbeitszeit und auskömmliche Löhne. Für diese sowie eine Reihe weiterer wirtschaftlicher und sozialpolitischer Forderungen treten die Gewerkschaften mit allem Nachdruck ein und haben — ungeachtet des von den Unternehmern geleisteten Widerstandes — auf diesen Gebieten manchen beachtenswerten Erfolg zu verzeichnen. Das ist unangenehm, zudem die Unternehmer konstatieren müssen, daß der wirtschaftliche und politische Einfluß der Gewerkschaften in ständigem Wachstum begriffen ist, den sie auch tatkräftig auszunutzen bemüht sind. Dieser zunehmende politische und wirtschaftliche Einfluß, der bis in die Reihen der Rechtsparteien hinüberreicht, verursacht den Unternehmern um so größeres Unbehagen, als die gewerkschaftliche Mitgliederbewegung in den letzten Jahren eine stark rückläufige gewesen ist. Dieser Umstand allein läßt sie neue Hoffnungen schöpfen, daß die verhasste Gewerkschaftsbewegung doch schließlich zur Bedeutungslosigkeit herabsinken wird.

In solchen Fällen ist ja stets der Wunsch der Vater des Gedankens, der solche Hoffnungen entstehen läßt. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn sich die Unternehmer zur Zeit wieder einmal sehr eingehend mit dem in den letzten Jahren eingetretenen Mitgliederabgang der Gewerkschaften beschäftigen und die ihnen zur Verfügung stehende bürgerliche Presse entsprechende arbeiterfeindliche Forderungen daraus zieht. Ohne Übertreibung geht es dabei natürlich nicht ab. Andererseits befindet sich auch manches Beachtenswerte darunter, was bei nicht genügender Würdigung sehr geeignet ist, die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter zu benachteiligen.

Wie allgemein bekannt, erlebten die Gewerkschaften aller Richtungen mit der politischen Umwälzung im Jahre 1918 einen gewaltigen Aufschwung. Das Anwachsen der Mitgliederziffern erwies sich aber nur als eine vorübergehende Erscheinung. Von dem Höchststande im Jahre 1922 mit nahezu 8 Millionen ist die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften bis Ende 1925 auf 4,2 Millionen, die der christlichen Gewerkschaften von 1,1 Millionen auf 603 000 und die der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften von 230 000 auf 150 000 gesunken. Das ist zweifellos ein sehr starker Abstieg. Sein Eintreten dient den Unternehmern dazu, darauf hinzuweisen, daß die genannten drei Gewerkschaftsrichtungen heute nur noch ein Drittel der deutschen Arbeiter umfassen. An dieser Feststellung lassen es die Unternehmer natürlich nicht bewenden, sondern sie verbinden damit die Forderung, daß der politische, wirtschaftliche und soziale Einfluß der Gewerkschaften eine entsprechende Einschränkung erfahren muß, eine Forderung, die in neuerer Zeit auch von anderer, den Unternehmern nahestehender Seite vertreten wird.

Um diesen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, wird von der Unternehmerpresse scharf betont, daß der festgestellte Rückgang der Gewerkschaften keine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung ist, die auch in der Folge bestehen bleiben wird. Zugabe wird zwar, daß dieser Rückgang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Zusammenhang steht und in ihr die Abnahme der Mitgliederziffern eine natürliche Erklärung findet. Daneben bestehen aber nach Ansicht der Unternehmer in der Gewerkschaftsbewegung auch sonstige Krisenerscheinungen. Vor allem wirke sich die kommunistische Unterwühlungstätigkeit in den Gewerkschaften stark zerstörend aus. Die größte Gefahr für sie bestehe aber darin, daß die Arbeiterschaft allmählich anfangen, den unbedingten Glauben an die gewerkschaftlichen Erfolge zu verlieren, der oft gehörten Schlagworte müde sei und sich immer mehr von dem Klassenkampfgedanken abwende.

Allzu schwer braucht man diese Äußerungen der Unternehmerpresse nicht zu nehmen, denn wenn sie von einer Krisenstimmung bei den Gewerkschaften redet, so kann man stets überzeugt sein, daß diese vor allem im Unternehmerlager selbst herrscht und ihre Darlegungen dazu dienen sollen, den gesunkenen Mut der Unternehmer an der angeblichen Niedergeschlagenheit der Arbeiter aufzurichten. Auch im Unternehmerlager gibt es widerstrebende Elemente, die des fortgesetzten Kampfes mit den Gewerkschaften müde und zu einer Verkündigung mit den Arbeitern bereit sind. Diese lassen sich nur bei der Stange halten, wenn Aussicht auf eine rückläufige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung besteht und angenommen werden kann, daß ihre Bedeutung wie ihr Einfluß im Schwinden begriffen ist. Es ist ja nicht das erstemal, daß die Unternehmerpresse prophezeit, ohne daß sich ihre Erwartungen erfüllt hätten.

Daß die auch jetzt noch andauernde ungünstige Wirtschaftslage die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nachteilig beeinflusst, insbesondere erheblich zum Rückgang der Mitgliederzahl beitrug, ist nicht zu bestreiten. Hierzu haben zweifellos auch die Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beigetragen, desgleichen die Nachwirkungen der Inflation. Diese Hemmnisse sind jedoch zum größten Teil überwunden, wie sich aus dem wenn auch langsamen Ansteigen der Mitgliederziffern bei einer Anzahl Gewerkschaften feststellen läßt. Damit widerlegt sich auch das Gerücht von der Aufgabe des von den Arbeitern bisher vertretenen Klassenkampfstandpunktes. Im übrigen geht die Unsinnsigkeit dieser Behauptung daraus hervor, daß sich die Abnahme der Mitgliederzahl nicht nur auf die den Klassenkampfstandpunkt vertretenden freien Gewerkschaften beschränkt, sondern im gleichen Umfange auch bei den ihn ablehnenden christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bemerkbar ist.

Für die Gewerkschaften besteht daher keine Veranlassung, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Anschauungen einer Revision zu unterziehen. Ebensovienig denkt die organisierte Arbeiterschaft daran, auf den von ihr bisher mit Erfolg geführten Klassenkampf zu verzichten. Das verbietet schon die wirtschaftlich und sozial rückständige Haltung des Unternehmertums, das sich aus freien Stücken zu keinerlei nennenswerten Konzessionen gegenüber den Arbeitern bereit findet. Wie bisher werden die Arbeiter auch in der Folge um jede bedeutungsvollere wirtschaftlich oder soziale Forderung kämpfen müssen und in diesen Kämpfen nur erfolgreich sein, wenn die Gewerkschaften stark genug sind, ihnen den erforderlichen Rückhalt zu bieten.

Die Angriffe der Unternehmer gegen die politische und wirtschaftliche Stellung der Gewerkschaften zeigt den Arbeitern, daß sie sich mit dem gegenwärtigen Mitgliederstand nicht zufrieden geben dürfen. Nicht deshalb, weil dieser von den Unternehmern als nicht ausreichend zur Vertretung der Gesamtarbeiterschaft bezeichnet wird. Diese Beanstandung ist hinfällig, denn die Gewerkschaften haben ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern wie dem Staat noch nie als Vertreter der gesamten, sondern stets als Vertretung der organisierten politisch und wirtschaftlich aktiven Arbeiterschaft geltend gemacht. Damit haben sie eine wesentlich zurückhaltendere Stellung eingenommen als die Arbeitgeberverbände, bei denen man gewöhnt ist, daß sie stets im Namen der gesamten Arbeitgeber oder der Wirtschaft reden und fordern, obwohl sie doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Unternehmertums repräsentieren. Wie die Stellung der Unternehmerverbände ist auch die der Gewerkschaften als Vertretung der organisierten Arbeiter verfassungsmäßig festgelegt. Von den ihnen hieraus zustehenden Rechten werden sie keinen Fingerbreit preisgeben.

Das enthebt jedoch die Arbeiter nicht von der Verpflichtung, für eine weitere Stärkung der Gewerkschaften tätig zu sein. Die Widerstandsfähigkeit, Leistungsfähigkeit sowie der politische, wirtschaftliche und soziale Einfluß der Gewerkschaften hängt zwar nicht ausschließlich, aber doch zum sehr großen Teile von dem Stande ihrer Mitgliederzahl ab. Ohne eine dem Gesamtarbeiterstand entsprechende Zahl von Mitgliedern kann keine Organisation eine ausschlaggebende Bedeutung gewinnen. Gerade das Einsehen der Unternehmerangriffe an diesem Punkte muß daher die Arbeiter anspornen, den der Gewerkschaftsbewegung hier anhaftenden Mangel durch tatkräftige Mitgliederwerbung abzuwehren. Sie beweißen den Unternehmern damit am besten, daß ihre Hoffnungen auf den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nie in Erfüllung gehen werden.

Wandlungen.

Zum Parteitag in Kiel.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Kiel dürfte auch in Gewerkschaftskreisen größere Beachtung finden. Ueber den Verlauf des Parteitages, die Referate und die Debatte im allgemeinen soll hier weniger die Rede sein. Der Höhepunkt des Parteitages war zweifellos das Referat Hilferding's. Mit ihm wollen wir uns in der Hauptsache beschäftigen. Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung und namentlich die der Sozialdemokratischen Partei kennt, der wird erkannt haben, daß sich im Laufe der Jahrzehnte eine ununterbrochener Wandel vollzogen hat. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung ist auf die Partei und ihre Programme nicht ohne Einfluß gewesen. Im Gegenteil, wie alles, wurde auch sie von dieser maßgebend beeinflusst. Um Parteiprogramme und ihre Formulierungen wurde früher heftig gekämpft. Jedes Wort einer programmatischen Erklärung wurde hin- und hergewendet und untersucht, ob es auch in den Rahmen passe und ob es vor allem nicht die Prinzipien des Klassenkampfes verletze. In den letzten Jahren hat das Programm der Sozialdemokratischen Partei eine grundlegende Wandlung in seinem prinzipiellen Teil durchgemacht, ohne daß darüber große und lange Debatten in Parteiversammlungen geführt wurden. Die Zusammenbruchs- und Verelendungstheorie ist aus dem Heideberger Programm fast völlig verschwunden. Es heißt dort nicht mehr wie früher im Erfurter Programm, daß alle Vorteile der Umwandlung des Wirtschaftslbens von den Großgrundbesitzern und Kapitalisten monopolisiert werden. In dem jetzt gültigen Programm wird nur noch angedeutet, daß im Kapitalismus ununterbrochen Tendenzen wirksam sind, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Im Erfurter Programm wurde ferner gesagt: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.“ Im Heideberger Programm lautet dieser Passus: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise auch ein politischer Kampf.“

In dieser Wandlung der programmatischen Grundsätze spiegelt sich ein historischer Entwicklungsgang wieder. Vor allem kommt die Macht der Gewerkschaften dadurch ungenannt zum Ausdruck. Die Gewerkschaften haben lange Jahre hindurch mit der offiziellen Parteimeinung ringen müssen, bis der gewerkschaftliche Kampf als einer der wesentlichsten Bestandteile der modernen Arbeiterbewegung anerkannt wurde. Man erinnere sich an die Reden der früheren Parteitage und namentlich an die Auseinandersetzungen zwischen Bebel und Legien. Wenn auch heute noch in manchen Parteiversammlungen der unverfälschte Geist des kommunistischen Manifestes durchklingt, so bildet dies doch immerhin nur ein Wellengeträufel. Lassalles ebernes Lohngebot, die Lehre vom Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und der zunehmenden Verelendung der Arbeiterschaft spielen in der modernen Arbeiterbewegung keine wesentliche Rolle mehr. Die Arbeiterschaft ist heute darauf eingestellt, durch ununterbrochenen Kampf die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, war das Referat Hilferding's ein deutlicher Beweis, wie sich die Anschauungen in der Partei geändert haben. Bezüglich der Zusammenbruchstheorie hatte Hilferding die Mehrheit des Parteitages hinter sich, wenn er erklärte: „Wir sind von jeder der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht fatalistisch zu erwarten ist, auch nicht eintreten wird aus inneren Gesetzen dieses Systems, sondern daß er die bewußte Tat des Willens der Arbeiterschaft sein muß.“ In klarer Weise arbeitete Hilferding die wirtschaft-

lichen Triebkräfte der gegenwärtigen Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft heraus. Die Entwicklung der Technik, die Erfolge der Chemie, das Entstehen neuer Gewerbegebiete, wie der Kunststoffe usw., hat der Wirtschafts- und Handelspolitik ein ganz anderes Gesicht gegeben. Die nationalen und internationalen Zusammenballungen waren das weitere Resultat dieser Entwicklung. Der so entstandene organisierte Kapitalismus macht durch eine gewisse Planmäßigkeit den Versuch, die Wirtschaft zu leiten und zu lenken. Hilferding streifte dann die Aufgaben des modernen Staates, wie er durch die Steuer- und Handelspolitik, die Regelung des Arbeitsmarktes, durch staatliche Arbeitszeitregelung, durch Schiedsgerichte usw. in das Wirtschaftsleben eingreift. Nicht ganz vermögen wir dem Genossen Hilferding zu folgen, wenn er sagt: „Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist, der abhängt von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Organisation und der sozialen Macht der Arbeiter innerhalb des parlamentarischen Staates. Die Arbeiterfrauen müssen endlich begreifen, daß sie, wenn sie zur Wahl gehen, die Lohnhöhe bestimmen, den Brotpreis und den Fleischpreis.“ Hier müssen wir einschalten, daß der Arbeitslohn vor allem abhängt von der Stärke der Gewerkschaften und dem Einfluß der gewerkschaftlichen Bewegung überhaupt. Der moderne Staat greift allerdings weit in das Gebiet der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit ein. Die Steuerfragen, Fragen der Handelspolitik usw. sind sicherlich von großem Einfluß auf die Gestaltung der Lohnfragen. Aber das Primäre bei alledem sind unseres Erachtens starke Gewerkschaften. Der Arbeitslohn ist also nicht in erster Linie ein politischer Lohn, sondern er wird maßgebend von der Stärke der Gewerkschaften bestimmt.

Bezüglich der Gewerkschaften selbst meinte Hilferding, daß sie in ihrer Aufgabenstellung immer mehr politisiert werden. „Jetzt gehen die herrschenden Ideen um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften müssen also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus über mehr unmittelbare sozialistische Aufgaben stellen.“ Zweifellos sehr richtige Erkenntnisse, die wir um so mehr begrüßen, weil sie von der überwiegenden Mehrheit des Parteitages gebilligt wurden.

Wir stimmen mit Hilferding vollständig überein, wenn er erklärt, daß die politische Befreiung nicht ausreicht und die soziale Befreiung hinzukommen muß. Auch findet die Werthschätzung der Demokratie und die Ablehnung des Volksgewissens unsere Zustimmung. Ferner ist ein Kulturkampf um Fragen der Religion usw. zur Zeit vollständig überflüssig. Der wahre Kulturkampf der Arbeiterschaft geht um höheren Anteil der Kultur, um Leben und Luft in der Wirtschaft und im Staat. Daß die Gewerkschaften eine Zerklüftung der Preußenkoalition nicht wünschen, braucht an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden. Am Schluß seiner Rede erklärte Hilferding: „Wir müssen die ganze Arbeiterklasse als politische Partei konstituieren. Die ökonomische Entwicklung läuft immer mehr in der Richtung zum Sozialismus. Immer klarer wird das Problem vor die Arbeiterklasse gestellt, die Kreuzung von Staat und Wirtschaft zu vollziehen. Die Politik ist das unmittelbare Schicksal jedes einzelnen Arbeiters und seiner Familie geworden.“

Im großen und ganzen ist diesen Worten und überhaupt den grundlegenden Erklärungen Hilferding's zuzustimmen. Doch hätten wir gewünscht, daß das Wirken der Gewerkschaften in der Gegenwart mehr Anerkennung und Berücksichtigung gefunden hätte. Stellt Hilferding die Parole auf, daß Politik das Schicksal sei, so hat unseres Erachtens Rathenau nicht minder recht, wenn er erklärt hat, daß Wirtschaft das Schicksal sei. Denn trotz aller politischen Erfolge, trotz der vollendeten demokratischen Verfassung kann das Los der Arbeiterschaft ein schlechtes sein, wenn die wirtschaftliche Befreiung damit nicht Schritt hält. Eine vollendete politische Freiheit ist erst dann möglich, wenn die Truhburgen des Kapitals in der Wirtschaft von der Arbeiterschaft erobert oder doch wenigstens in ihrer gewaltigen Machtstellung vermindert worden sind. Deshalb halten wir den gewerkschaftlichen Kampf und die Stärkung der Gewerkschaft überhaupt als eines der notwendigsten Erfordernisse für den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Die Entschließung der Opposition, die den Ansichten Hilferding's entgegengesetzt war, wurde mit 85 gegen 255 Stimmen abgelehnt. In diesem Abstimmungsresultat spiegelt sich die große Wandlung wider, die die Partei in Deutschland durchgemacht hat. Die Opposition umfaßt nur noch ein Viertel des Parteitages. Wenn nun hinfert auch in der politischen Partei die Tätigkeit der Gewerkschaften gemäß den obigen Richtlinien eine stärkere Anerkennung erfährt, dann glauben wir, daß die Arbeiterklasse in Deutschland auf dem richtigen Wege ist. In Erwartung dieser geistigen Einheit und im Hinblick auf eine geschlossene Front rufen auch wir: Durch Kampf zum Sieg!

Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne.

In letzter Zeit wird ein Meinungskampf ausgefochten, der sich um die volkswirtschaftliche Auswirkung hoher Löhne dreht. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß hohe Löhne die Grundlage einer gesunden Wirtschaft sind und die Kraft in sich haben, diese Gesundung zu einer dauernden zu machen. Der Gewerkschaftskampf bewegt sich in dieser Richtung. Diese theoretische Unterlage des gewerkschaftlichen Kampfes wurde lange Zeit nur von den Arbeitern und einigen Eingängern der bürgerlichen Wissenschaft verfochten. In letzter Zeit sind auch zahlreiche Unternehmer zu dieser Ansicht gekommen. Allerdings weniger in Deutschland, sondern hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von den deutschen Unternehmern gibt es nur wenige, die die Ansicht des steigenden Volkswohlstandes durch hohe Löhne unterstützen. Den Unternehmern zur Seite stehen Wissenschaftler, von denen vor allen der schwedische Professor Cassel zu nennen ist. Dieser hat sogar die Tribüne der Weltwirtschaftskonferenz benützt, um seine Theorie von der Schädlichkeit hoher Löhne an den Mann zu bringen. Von dem Führer der deutschen Delegation, dem bekannten Unternehmer v. Siemens, wurde Cassel in Genf unterstützt. Dieser sah sogar alles Unheil der Welt in der Kostensteigerung der Ware Arbeitskraft. Um diesen Meinungskampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, den Standpunkt der

Arbeiterklasse immer wieder zu betonen und Argumente zu dessen Richtigkeit heranzuziehen. In diesem Meinungssturm ist den Gewerkschaften ein wertvoller Bundesgenosse in Gestalt eines Buches entstanden. Im Verlage der Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Heidelberg, erscheint zur Zeit ein Buch, dessen Titel mit der Ueberschrift dieses Artikels übereinstimmt. Diese theoretisch gründliche Arbeit über die volkswirtschaftliche Funktion höherer Löhne stammt von Dr. Karl Massar und ist eine erweiterte Preisarbeit der Universität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit von der philosophischen Fakultät dieser Universität mit einem Preise bedacht wurde, ist zugleich ein ehrenreiches Zeugnis für dieses Institut. Die Schrift verdient es, in gewerkschaftlichen Kreisen in Massen verbreitet zu werden. Sie ist ein volkswirtschaftliches Lehrbuch eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs, das die Eigenschaften hat, die gewerkschaftliche Kleinarbeit mit neuem Leben zu befruchten. Das Buch dient den nachfolgenden Ausführungen zur Unterlage.

Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf die Konsumtion und Produktion verschieden auswirken. Sie kann auf Kosten des Unternehmergewinns gehen, der von der Unternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der Unternehmer zum persönlichen Gebrauch weniger hat, erhält der Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unternehmergewinns wird sich vor allen Dingen in einer Verminderung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Arbeitern wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfskonsums bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann ferner direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem sie von dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und damit die Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere Schichten der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissenschaft eine große Rolle. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß jede Lohnerhöhung Preiserhöhungen nach sich ziehen müsse und damit der Erfolg der ersten umsonst gewesen sei. Ein Moment ist aber unter allen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse der Bevölkerung mehr Kaufkraft, dann findet eine Erweiterung des Massenkonsums und eine Einschränkung des Luxuskonsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite haben Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion zur Folge.

Bezüglich der Einwirkungen des gesteigerten Massenkonsums und der damit geförderten Massenproduktion ist vor allem das Bestreben beachtlich, Vergeudung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebes zu heben. Kurzum es tritt das zutage, was wir mit dem Worte Rationalisierung bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika und auch in Deutschland als der stärkste Motor der Rationalisierung gezeigt. Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Rationalisierung bilden eine Stufenfolge. Die Rationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gegenteil verandelt. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitermassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädigend.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung, z. B. einem höheren Konsum geistiger Getränke usw. ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse hat eine Erhöhung des Einkommens in erster Linie eine bessere Lebenshaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Folge. Ein Arbeiter, der auf Grund eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften heran. Der schlecht genährte Arbeiter wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von Herzner ihre volle Berechtigung: „Je kräftiger und gesünder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Vorrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit.“ Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt, wie dies Amerika zeigt.

Auf das Bevölkerungsproblem in der Lebensstandard der breiten Masse von großem Einfluß. Die Ansichten von Malthus und Lassalle, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Neuangebot von Händen die vorher errungenen Erfolge wieder beseitigt, hat sich als irrtümlich erwiesen. Lassalles ehernes Lohngesetz war eine theoretische Fiktion. Richtig ist, daß der niedrig gestellte Arbeiter infolge Mangels kultureller Zerstreuungen sich viel mehr dem Geschlechtsverkehr hingibt, als der Empfänger eines hohen Lohnes, der in guten Verhältnissen lebt. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte legen weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die

Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in der Quantität desselben aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und der Erzeugbarkeit der Arbeit. Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnhöhe mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer halten einen solchen Weg für volkswirtschaftlich richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschlimmert und die Ausschüttung auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem mutmaßlichen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisenereignisse geben. Hohe Löhne werden zwar die Schwankungen der Wirtschaftslage nicht ganz vermindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzuschwächen und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestgehendem Maße auszugleichen. Aus diesen Gründen haben sich selbst amerikanische Unternehmer gegen Lohnsenkungen erklärt. Nach einer Uebergangszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer an einem gesteigerten Lebensstandard einen Nutzen.

Die Behauptungen der Unternehmer um v. Siemens und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine geradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne, sondern des niederen Lebensstandards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Tendenz, fortzuehend immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen hervorzurufen. „Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgebarung, sie reizen die Wirtschaft heraus aus Schlappheit und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stodung der Absatzmöglichkeit, Stodung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und intellektuell höherstehenden und technisch fortgeschritteneren sind.“ Aus diesen und anderen Gründen kommt Herr Dr. Massar zu folgendem Schluß:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigte Forderung.“ Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein.

Die Wochenendbewegung als soziales Problem.

Es ist durchaus keine willkürliche Einrichtung, die Forderung: „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten Tage der Ruhe pflegen.“ Dieses schon Jahrtausende existierende Verhältnis von sechs Arbeitstagen und einem Ruhetag ist tief mit den menschlichen Gewohnheiten verwachsen. Diese Ueberlieferung findet sich daher auch seit uralten Zeiten in ursprünglich vollkommen voneinander abgegrenzten Kulturkreisen. Es ist Tatsache, daß die Anforderungen an die Arbeitszeit sich in der Jetztzeit so verstärkt haben, daß der siebente Ruhetag allein nicht mehr ausreicht. Das haben mit aller Klarheit die physiologischen Untersuchungen bewiesen, die man mit den verschiedenartigsten Prüfungsverfahren in bezug auf die Intensität der Arbeitsleistung angestellt hat und deren Ergebnis zeigte, daß die Leistung mit jedem Wochentag bis zum Donnerstag, Freitag, teilweise wohl auch auf Grund der zunehmenden Übung, ansteigt, und am Sonnabend geradezu schlagartig abfällt. Dieser ganz plötzlich auftretende Fall der Arbeitsleistung zeigt an, daß der Organismus in seiner Anspannungsfähigkeit begrenzt ist und eine Erholung fordert. In dieser Forderung liegt vom gesundheitlichen Standpunkt die Notwendigkeit einer willkürlichen Wochenendfreizeit begründet. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich nun ohne weiteres, daß die neuerdings in Fluß gekommene Wochenendbewegung keine bloße menschenfreundliche Einrichtung, sondern ein soziales Problem allerersten Ranges ist. Dieses Problem nun unvollkommen oder überhaupt nicht zu lösen, bedeutet für die Arbeiterschaft eine Gefahr, die sich in verschiedenster Richtung auszuwirken droht. Ein Staat, der sich dieser Erkenntnis widersetzt oder gleichgültig gegenüber verhält, würde ernststen Zerfallserscheinungen in seinem sozialen Volkskörper entgegensehen. Und wie der Staat, so haben auch die Gemeinden und vor allen

Dingen die Gewerkschaften ein wohlverstandenes Interesse daran, daß den Arbeitern die Möglichkeit zur erfolgreichen wöchentlichen Erholung und Entspannung geboten wird, denn auf der Erhaltung der Arbeitskraft beruht letzten Endes alle gesellschaftliche und normale Vorwärtswirtschaft. In England und Amerika hat man das längst erkannt, und es ist lebhaft zu begrüßen, daß nun auch bei uns in Deutschland die Wochenendbewegung festen Fuß zu fassen beginnt.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man sich bald bemüht werden, welche nachhaltigen Wirkungen die Wochenendbewegung auf die sozialen Belange besitzt. Die Ueberanstrengung des menschlichen Organismus, dem eine solche Gelegenheit zur Entspannung fehlt, hat naturgemäß eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes zur Folge. Das Resultat ist eine wachsende Belastung der Krankenkassen, sowie eine größere Krankenanspruchnahme der Krankenhäuser. Die Leistungen der Sozialversicherung werden in erhöhtem Maße in Anspruch genommen und die Kosten der Fürsorge für alle jene, die allzu früh ihre Arbeitskraft verloren haben, steigen infolge der ungenügenden Erholungsmöglichkeiten. Die mit der Ueberanstrengung der Kräfte wachsende Arbeitsunlust hemmt aber auch den Gang der Produktion, so daß sich notwendig eine geringere Leistungsfähigkeit bald einstellen muß, deren Auswirkung in einer Verringerung der Verdienstmöglichkeiten sich zeigt, die wiederum zur Verringerung der Arbeitskraft selbst beitragen muß. Aus diesem Grunde ist es auch nur Selbstbetrug der Unternehmer, wenn sie glauben, daß die für das Wochenende versagten Freizeiten ihnen mehr Vorteil bieten als die Steigerung der Leistungsfähigkeit, wie sie die Wochenendfreizeit den Arbeitern und Angestellten ohne Zweifel bringt. Die Erfahrungen der Betriebe, die ihren Arbeitnehmern die Gelegenheit zur Wochenenderholung bereits geben, und auch in Straßenbaubetrieben, wo sich unsere Kollegen durch gegenfeitige Vereinbarung ihren freien Sonnabendnachmittag sichern, sind so günstig, daß die Organisationen es sich angelegen sein lassen müssen, auch in dieser Hinsicht bahnbrechend zu wirken, es muß von ihnen alles getan werden, um die bisher außerordentlich günstigen Erfahrungen der Wochenendfreizeit noch zu erleichtern und zu erweitern.

Dazu kommt ferner noch, daß die Freizeit, die mit Aufenthalt in Feld und Wald zugebracht wird, von dem Besuch der Kneipen usw. zurückhält, abgesehen davon, daß das Umherstreifen draußen in den meisten Fällen weniger Geld kostet als der Besuch von Stadtunterhaltungen. Eine nicht zu unterschätzende Stärkung erfährt auch das Familienleben durch die Wochenendaufenthalte, denn nichts nähert die Menschen einander mehr, wie gemeinsam verbrachte Stunden in der freien Natur. Welche wichtigen, ethischen und sozialen Vorteile die Wochenendbewegung für die Erziehung der Jugend mit sich bringt, liegen auf der Hand.

Es entwickeln sich aus den verschiedenen Wirkungen der Einflüsse der Wochenendbewegung auf jung und alt soziale Folgeerscheinungen von weitestem Ausmaß; und nicht zum geringsten ist die Erziehung zu veranschlagen, die aus der Gelegenheit ungebundenen Aufenthalts in der freien Natur gleichsam automatisch erwächst, die Selbstachtung und das Selbstbewußtsein der gesamten Arbeiterschaft.

Stellungnahme zum Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes.

Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes nebst Begründung ist dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugegangen. Entwurf und Begründung sind enthalten im 39. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt (Verlag des Reichsarbeitsblattes (Reimar Hobbing) Berlin SW 61). Die gesetzlichen Bestimmungen über Berufsausbildung, die gegenwärtig in Kraft sind, beziehen sich nur auf die eigentlichen Lehrlinge im Handwerk, in der Industrie und im Handel. Am weitesten gehen die Bestimmungen für die Handwerkslehrlinge und am wenigsten weit diejenigen für die kaufmännischen Lehrlinge. Enthalten sind diese Bestimmungen in der Gewerbeordnung und im Handelsgesetzbuch. Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält keine Bestimmungen über die Ausbildung der Lehrlinge, so daß weite Berufskreise ohne jede gesetzliche Regelung sind. Auch der neue Entwurf will die Landwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausnehmen. Im übrigen sollen aber unter diesen Entwurf nicht nur die Lehrlinge aller übrigen Berufs- und Industriezweige, sondern auch die jugendlichen Arbeitnehmer überhaupt fallen. Die Bestimmungen für die jugendlichen Arbeitnehmer erstrecken sich auf den Ausschluß von Arbeitgebern von der Beschäftigung jugendlicher wegen mangelnder Eignung, auf die Beschränkung der Zahl der Jugendlichen im Berufe, auf die Beschränkung der

„Jagd nach dem Druckfehlerteufel.“

Dieser „Teufel“ hat uns in „Steinarbeiter“ auch schon manchen Kerger verursacht, wenn nicht gar böse Streiche gespielt. Trotzdem vor der endgültigen Drucklegung der Redaktion nochmals alles durchgelesen, ist es dennoch sehr leicht möglich, daß beim eiligen und flüchtigen Durchlesen der Artikel und einzelnen Notizen ein Druckfehler nicht entdeckt wird. Das Unangenehmste ist natürlich, wenn so etwas im Artikel eines Mitarbeiters passiert und gar in solchem Ausmaß dem Kollegenkreise, dann wird dem Redakteur gar nicht selten in Briefen und Karten der Standpunkt klargemacht. Manche scharfe Zurechtweisung, die in den Redaktionsakten ruht, gibt darüber Kunde. Und das Unangenehmste ist: die Redaktion muß in den meisten solcher Fälle schweigen, denn die Ausrede, daß es am leichtesten leserlichen Manuskript liegt, kann nicht immer gebraucht werden, weil der Redakteur die Pflicht hat, das Unleserliche so zu verbessern, daß es leserlich ist. Mit diesen Vorurteilen geht es dem Redakteur so, wie einem Steinmetzen, der an seinem Werkstück eine Ecke abbrückt. Gibt es darüber Kraxall, schweigt er in den meisten Fällen; manchmal kann er das Maßwerk so vertuschen, daß es keiner bemerkt und ist dann auch heilfroh, wenn nachträglich keine Beschwerde einläuft. Genau so geht es dem Redakteur mit einem Druckfehler oder auch sonstigen Schmitzer im Satzbau, wobei er im stillen hofft: „Das merkt vielleicht keiner!“

In der „Solidarität“, der Verbandszeitung der graphischen Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts finden wir mit der obigen Ueberschrift eine sehr nette Schilderung, die unseren Lesern zeigt, wie schwierig es ist, den erwähnten Teufel radikal auszurotten, und wie außer dem Redakteur schon andere Personen vorher bemüht sind an der Beseitigung der Druckfehler. Bevor wir diese Schilderung wiedergeben, sehen wir als Einleitung voraus eine Mahnung:

Gib, Leser, nicht so scharf auf alle Fehler acht, Denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht, Und der, der es gelesen, Von allen Fehlern frei gewesen.

Der Korrektor, der Druckfehlerjäger, ist ein geplagter Mann. Er muß nach dem Komma jagen, das der Setzer zu setzen vergaß. Er muß aufpassen, daß auch jedes Wort seinen richtigen Buchstaben hat, und daß Zeile für Zeile richtig in Reih und Glied stehen. Er muß auch darauf achten, daß keine Wörter im Bau des ganzen Satzes fehlen, und daß nicht etwa zu viele Worte gesetzt sind, die nichts mit dem Willen des Autors zu tun haben. Der Blaustrich rast über die Fahnenabzüge und streicht an, wo er nur kann. Das geschieht zum Leidwesen der Setzer, die glauben, alles richtig gemacht zu haben. Welch Unglück gibt es, wenn der Korrektor eine „Leiche“, also fehlende Worte, feststellt hat. Es kann vorkommen, daß dadurch große Arbeit verursacht wird, daß ganze Zeilen, ja ganze Seiten, aufs neue bearbeitet werden müssen. Aber der Korrektor freut sich, auf seiner Jagd nach Druckfehlern diese Beute gemacht zu haben, wie er sich freut, wenn es ihm gelungen ist, eine „Hochzeit“, zu viele Worte, zu entdecken. Er kann es einfach nicht verstehen, wenn er einen Fahnenabzug als „Jungfer“, ohne entdeckte Fehler, an den Setzer zurückgeben soll. So sucht er und sucht, bis er wahrhaftig ein schabhaftes Komma oder einen zerschundenen i-Punkt entdeckt hat. Die Setzer aber sind nicht sonderlich erfreut.

Der Korrektor ist kein Freund der Setzer; er bekämpft zu energig die Druckfehlerteufel. Ihm hat er auf immer den Kampf angelegt, so daß er sogar nachts im Schlaf von ihm träumt und, wo er geht und steht, dem Blaustrich jüden möchte. Die Setzer heugen sich meist dem Willen des Korrektors, während der Druckfehlerteufel in allen Ecken und Enden der Druckerei spukt und sein Unheil anrichtet. Wie entsetzlich ist es für den Korrektor, bei einem Ueberfliegen seiner bereits gedruckten Arbeit noch immer einen Druckfehler zu entdecken! Er möchte sich die Haare ausraufen, wenn er zu spät ein solches Fehlerchen entdeckt. Da hat er sich gemüht und geplagt, um ja „nichts stehen“ zu lassen, und doch fällt ihm am Abend nach getaner Arbeit der Druckfehlerteufel im Nacken.

Am Morgen empfängt ihn der „Jag“ mit einem verständnisvollen Grinsen, das alles sagt: Spott und Hohn, Bormwürze und Verweise. Der Korrektor weiß selbst nicht, wie ihm geschieht und wie das geschehen konnte. Er war seiner Sache so sicher und doch hat ihm der Druckfehlerteufel, der gefährlichste Geist der Druckerei, einen so üblen Streich gespielt! Der Korrektor findet nur einen Trost: Auch in andern Druckereien gibt dieser Teufel, der das Gewissen des Korrektors beunruhigt, der den Setzern im Nacken spukt und der den „Jag“ zur Verzweiflung bringen kann.

Es gibt sicher nur wenige Werte, die der Druckfehlerteufel verschont hat. Auch im besten Buch wird sich der eine oder andere Fehler finden lassen. Mit der Kunst Gutenbergs wurde auch der Druckfehlerteufel geboren und er wird leben, solange Menschenhand und Menschengeschick sich rühren, um sich die Druckkunst dienstbar zu machen. Von Luther bis Goethe und Hauptmann hat der Druckfehlerteufel triumphiert. Er ist der Feind der Drucker und Schriftsteller, der Kobold in den herrlichsten und schönsten, in den schärfsten und wertvollsten Büchern. Das ist das eine, das die Druckwerke alle gemeinsam haben: den Druckfehler! Sie werden ihn auch immer gemeinsam besitzen, zum Entsetzen aller Schriftsteller.

Der Druckfehler entsteht beim Setzen, beim Korrigieren, durch Unwissenheit und Unklarheit, durch Streit und Rechthaberei. Er ist vom kundigen Auge jederzeit leicht zu entdecken. Die Fehler anderer Berufe treten nie so offenbar zutage. Das Druckwerk hat eben immer dem kritischen und prüfenden Auge des Lesers standzuhalten, während Fehler in anderen Handwerken vielfach noch beseitigt werden können, ehe sie das Licht des Tages erblicken.

Der Korrektor ist einer der geplagtesten Menschen in der Druckerei. Auf ihn fällt alle Schuld am Druckfehler. Was Wunder, wenn er unter der Last seiner Verantwortung trübselig gebeugt, mit großer Brille bewaffnet, am Pult sitzt und keine Jagd nach Druckfehlern unermüdet führt. Er verbraucht sein Pulver, den Blaustrich, nie nutzlos! Er lebt sich zur Freude, den anderen oft zum Verdruß, aber auch manchmal zum Spott.

Dabei muß dieser Mann viel beläsen sein. Er muß Bescheid wissen in seiner Muttersprache, er muß die Rechtschreibung, die Orthographie beherrschen, wie er auch einiges von den Wissenschaften der Medizin, der Jura, der Philosophie und von vielem anderen wissen soll. Er möchte Ahnungen von den Formeln der Wissenschaften haben, wie er die Berechnungen der Geometer und Geologen, der Naturforscher und Heilkundigen kennen soll. Er selbst soll ein Stück Gelehrter sein und sogar finden, wenn die Herren Professoren und andere Denker ein Wort falsch geschrieben haben — in ihrer Bestrebenheit natürlich. Er muß verstehen, die Handschriften zu entziffern, wenn die Kunst des Setzers hier versagte.

Wie schön ist doch das Manuskript zu lesen, geschrieben von der Schreibmaschine! Da können so leicht keine Druckfehler entstehen und es ist verflüchtlich, wenn die Schreibmaschinenmanuskripte bei Setzer und Korrektor bevorzugt sind. Ihre ohnehin mühevollen Arbeit wird dadurch um einiges erleichtert.

Der Korrektor aber begibt sich fröhlicher und erfolgreicher auf die Jagd nach Druckfehlern.

Lächerlich.

In der Frauenbeilage des „Demminer Tageblatts“, Nummer 6 vom 18. Februar 1927, werden unter der Ueberschrift „Wir und die Dienstboten“ sogenannte Ratsschläge einer praktischen Hausfrau abgedruckt. Die Ratsschläge lauten wörtlich:

1. Vor allem biete deiner kommenden Donna einen Stuhl an, wenn du mit ihr über ein Engagement verhandeln willst, sei höflich und zuvorkommend, damit du einen guten Eindruck hervorruft!
2. Entschuldige dich bei ihr, daß du eine fünf-Zimmer-Wohnung innehabst und sie nur eins davon bestoht!
3. Erkläre ihr deinen einfachen Mittagsstich, aber biete ihr gleichzeitig an, sich etwas Besseres zu kochen!
4. Gehalt wohl nach Uebereinkommen, aber keinesfalls weniger, als sie gern möchte.
5. Der Bräutigam kann natürlich jederzeit kommen und sich warmes Essen geben lassen.
6. Einkäufe kann sie alle besorgen, nur die Sachen, die schwer zu tragen sind, besorge selbst!
7. Verlange nie, daß die Sache so oder so gemacht werden soll, denn das Mädchen weiß es ja doch in den meisten Fällen besser als du!
8. Laß dein Dienstmädchen ausschlafen, es ist sonst schlechter Laune, wenn es noch müde ist!
9. Zum Frühstück gib ihr reichlich Butter, du kannst ja Marmelade essen!
10. Gönnen ihr ihre Mittagsruhe und störe sie nicht, wenn es inzwischen klopft, kann ja dein Mann öffnen.
11. Lade Gäste ein, damit das Mädchen Trinkgeld bekommt, du aber leiste an diesem Tage Doppeltes.
12. Gib ihr reichlich zu Weihnachten, vor allem hübsche Kleidung, gute Wäsche! Damit sie — wenn sie dir kurz nach Weihnachten kündigt — die neue Stellung recht nett und adrett antreten kann.

Diese Zeilen kennzeichnen so recht den Zynismus und die Arroganz, mit der gewisse Kreise den wirklich nicht beneidenswerten Dienstmädchen gegenüberstehen. Dieselben Dienstboten, deren Freiheit bekannt ist, die vielfach unter den empörendsten Verhältnissen kampieren müssen, die Festscheibe für die Launen ihrer Arbeitgeber sind und sich mit Bettelbittenn für ihre harte Arbeit abfinden müssen, werden hier als Menschen hingestellt, deren Bequemlichkeit, Faulheit und Gefräßigkeit kaum noch zu überbieten sind.

Sich über solche Einstellungen aufzuregen, ist zwecklos. Die beste Antwort wird dem bornierten Volk gegeben, wenn sich die Dienstboten geloben, nun erst recht auf dem Posten zu sein und Schutz in der Hausangestelltenorganisation zu suchen.

Zahl der Jugendlichen im Betriebe und auf die Möglichkeit der Regelung und Förderung der Berufsausbildung Jugendlicher, sowie die Überwachung der gesetzlichen Bestimmungen. Im ganzen genommen sind die Bestimmungen des Entwurfes, die sich auf die Jugendlichen überhaupt erstrecken, praktisch von geringer Bedeutung. Die Beschränkung der Zahl der Jugendlichen im Beruf und Betrieb kann im kapitalistischen Staate sogar zu außerordentlichen Schädigungen der Arbeiterklasse führen, da schließlich durch solche Maßnahmen das Problem der zweckmäßigen Unterbringung der Menschen in Arbeitsstellen nicht gelöst werden kann.

Den Hauptteil des Entwurfes bilden die Bestimmungen über das Lehrverhältnis, die Sondervorschriften für Handwerksbetriebe, die allgemeinen Vorschriften und die Sondervorschriften für Gesellenprüfungen, die Meisterprüfungen und die Schaffung von gesetzlichen Berufsvertretungen sowie die Festlegung von deren Aufgaben. Den Schluß bilden Straf- und Uebervorgeschritten.

Es ist natürlich nicht möglich, eine ins einzelne gehende Darstellung des Entwurfes zu geben. Das ist heute auch noch nicht notwendig, weil die Gewerkschaften zuerst noch in eingehenden Beratungen zu diesem Entwurf Stellung nehmen und ihre Gegenansprüche formulieren müssen. Notwendig ist es dagegen, jetzt schon den Charakter dieses Entwurfes aufzuzeigen, weil sich zweifellos langwierige schwere Auseinandersetzungen über diesen Entwurf mit den in Betracht kommenden Ministerien, sowie schließlich im vorläufigen Reichswirtschaftsrat und zuletzt im Reichstag ergeben werden. Vorweg darf schon ausgesprochen werden, daß die Gewerkschaften diesen Entwurf in seiner jetzigen Fassung den Kampf ansagen müssen. Abgesehen von der Pflege des Ständebüchels der Handwerksmeister, sowie von dem Schutz der Handwerkerzittel und der Handwerksmeisterzittel, woran die Gewerkschaften gar kein besonderes Interesse haben, enthält der gesamte Entwurf nur „Kann“-Bestimmungen. Weder für die jugendlichen Arbeitnehmer noch für die Lehrlinge ergeben sich aus diesem Entwurf wirkliche Vorteile und Fortschritte. Die Bezahlung der Berufsschulzeit ist in diesem Entwurf noch nicht einmal angedeutet, geschweige denn vorgeschrieben. Auch über die Gewährung von bezahltem Urlaub enthält der Entwurf nur „Kann“-Vorschriften.

Also alles Positive in dieser Beziehung fehlt durchaus. Dagegen ergibt sich aus der Tatsache, daß der Entwurf nur „Kann“-Bestimmungen enthält, wiederum, daß hier wie auch in anderen arbeitsrechtlichen Gesetzen die Interessen der Wirtschaft, also der Unternehmer, denjenigen der arbeitenden Menschen vorangestellt werden. Etwas anderes bedeuten diese „Kann“-Vorschriften nicht. Wenn die Unternehmer eines Gewerbezweiges oder eines Industriezweiges den jugendlichen Arbeitnehmern und den Lehrlingen günstige, menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten wollen, dann können sie es tun; das Gesetz zwingt sie dazu jedenfalls nicht.

Damit kommen wir zu den Teilen des Entwurfes, welche den allergrößten Widerstand der Gewerkschaften hervorrufen müssen. In den §§ 20, 25, 80, Absatz 2 Nr. 5 in Verbindung mit 75, Absatz 2 wird das Recht, die Lehrlingsverhältnisse zu regeln, in die Hände von gesetzlichen Berufsvertretungen gelegt. Diese gesetzlichen Berufsvertretungen können durch besondere, dazu vorgeschriebene Ausschüsse aus Anordnungen und Maßregeln treffen, die sich auf Form und Inhalt der Lehrverträge, vor allem auf das den Lehrlingen zu gewährenden Entgelt sowie auf Urlaub und Ferien erstrecken. Sind solche Anordnungen nicht getroffen, dann muß die Regelung des Lehrverhältnisses durch Vereinbarung zwischen dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings und dem Lehrherrn vorgenommen werden. In den vorgenannten Paragraphen wird der Tarifvertrag überhaupt nicht erwähnt. Die Begründung sagt dagegen auf den Seiten 45 und 55/56 ausdrücklich, daß der Tarifvertrag, der im Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bzw. Arbeitgeber zustande kommt, zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse ungeeignet sei, daß die Lehrlinge nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe hineingezogen werden dürfen und daß das Lehrverhältnis ohne Autorität nicht bestehen könne, sowie daß die Lehrlinge im Widerstreit der Interessen der Ermächtigten von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite nicht genügend berücksichtigt werden. Deshalb schaltet der Entwurf die Möglichkeit der Regelung durch Tarifvertrag vollkommen aus und legt an dessen Stelle den Gedanken der berufständigen Regelung.

Hiermit können sich aber die Gewerkschaften unter gar keinen Umständen einverstanden erklären. Abgesehen davon, daß die Begründung dieser Auffassung durch die Reichsregierung eine vollkommene Verkennung des Kollektivismus und damit des Wesens der Gewerkschaften darstellt, ist es auch für die Arbeiterklasse unerträglich, daß ihre Vertretung, die Gewerkschaften, nicht mehr in der Lage sein soll, auch die Lehrlingsverhältnisse in Tarifverträgen zu regeln. Damit wird geradezu der Versuch unternommen, durch das Berufsausbildungsgesetz der Arbeiterklasse ihren Nachwuchs abzuschneiden.

Die Arbeiterklasse, vertreten durch ihre Gewerkschaften, will sich nicht berufständig zersplittern, sondern kollektivistisch einheitlich betätigen. Das Verlangen der Gewerkschaften nach paritätischen Wirtschaftsstämmen ist bisher von den Unternehmern energig abgelehnt worden. In dem vorliegenden Entwurf lehnt auch die Reichsregierung die Schaffung von paritätischen Körperschaften für die Berufsausbildung mit der einfachen Begründung ab, daß neue Behörden zur Durchführung des Gesetzes schlechterdings nicht geschaffen werden können.

Gesetzliche Berufsvertretungen sollen daher die reinen Unternehmerkammern (Handwerks-, Industrie- und Handelskammern) sein, die auch die Geschäfte zu führen haben. Die Aufgaben der Handwerksmeister und der Unternehmer, die sich aus dem Berufsausbildungsgesetz ergeben, werden allein von diesen selbst durchgeführt, nur diejenigen Aufgaben, welche sich auf die Berufsausbildung der jugendlichen Arbeitnehmer und Lehrlinge beziehen, sollen in paritätischen Ausschüssen erfüllt werden (§§ 70, 78, 79 und 80 des Entwurfes). Letztere sind nur ein Anhängsel der reinen Unternehmerkammern. Dadurch sind die Arbeitnehmer vollkommen auf die Seite gedrängt worden.

Während niemand daran denkt, daß die Arbeitnehmer den Handwerksmeistern und den Unternehmern in die Ausbildung ihres eigenen Nachwuchses hineinreden dürfen, ist es selbstverständlich, daß Handwerksmeister und Unternehmer bei der Ausbildung des Nachwuchses der Arbeitnehmer 50prozentig mitwirken, welches Verhältnis noch dadurch wesentlich verschlechtert wird, daß man für diese Materie die geschilderte unmögliche Regelung gefunden hat. Ausschlaggebend ist dann weiter, daß die Beschlußfassung über die Anordnungen über Form und Inhalt der Lehrverträge, vor allem über das den Lehrlingen zu gewährenden Entgelt, über Urlaub und Ferien der Mehrheit sowohl der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer bedürfen. Wenn aber selbst die Mehrheit der Arbeitgeber einmal dafür ist, dann will sich nach § 81 noch die Oberste Landesbehörde das Recht vorbehalten, die Anordnungen über Entgelt, Urlaub und Ferien in dringenden Fällen außer Kraft zu setzen.

Praktisch werden also die Fälle sehr selten sein, wo mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitgeber Anordnungen über den Inhalt der Lehrverträge erlassen werden, die für die Lehrlinge wirklich günstig sind. Eine derartige Bevormundung und Ausschaltung des wirklichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse begünstigt ihres Nachwuchses mag die Reichsregierung den Gewerkschaften zu bieten und durch ihre Referenten in Artikeln sogar noch als ungeheueren Fortschritt anzupreisen. Der Artikel 165 der Reichsverfassung spricht von der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Im Artikel 159 der Reichsverfassung ist für jedermann und für alle Berufe die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährleistet, was auch für die jugendlichen Arbeitnehmer und die Lehrlinge Geltung hat. Alle diese Grundrechte der Arbeiter und der Angestellten sind in dem vorliegenden Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes mißachtet worden. Die wenigen Einzelheiten, die besser sind als das geltende Recht, wer-

den vollkommen in den Schatten gestellt durch die außerordentlichen Verschlechterungen, die eintreten würden, wenn dieser Entwurf Annahme findet. Es mag sein, daß die Schöpfer dieses Entwurfes nicht die Absicht gehabt haben, ein reaktionäres Gebilde zu schaffen, aber dann sind sie eben im Banne rückwärtiger mittelalterlicher Ideen. Die Gewerkschaften werden dafür sorgen müssen, daß dieser Entwurf dem Geiste des Kollektivismus entsprechend vollkommen umgearbeitet wird, damit das Berufsausbildungsgesetz, wenn es erst einmal geschaffen ist, keinen Rückschritt, sondern einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts darstellt.

Die Arbeitgeberverbände wünschen eine neue Gesinnung.

Die Arbeitgebervereine für Düsseldorf und Umgegend hat soeben ihren Geschäftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr herausgegeben. In diesem finden wir über Zweck und Aufgaben der Arbeitgeberverbände folgende Äußerungen:

„Die Arbeitgeberverbände werden in der Öffentlichkeit fast durchweg als ausschließlich Kampfverbände angesehen. Es wäre bedauerlich, wenn sie ihre Aufgabe hierin erschöpfen würden. Die Verbände sind im Laufe ihrer Geschichte bemüht aus dieser Zielsetzung herausgewachsen und haben sich zu einer Standorganisation emporgearbeitet, deren oberstes Gezieltes ist, eine ruhige und stetige Fortentwicklung des Betriebes zu gewährleisten. Sie stellen sich deshalb auch ganz selbstverständlich in den Gedanken des Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. Man hat kein Recht, die Arbeitgeberverbände zu ihrem Teil dafür verantwortlich zu machen, daß die soziale Verständigung keine Fortschritte gemacht hat. Es ist richtig, daß die soziale Spannung in den letzten Jahren nicht geringer geworden ist. Stillelegung, Rationalisierung, Abbau, Streckung, Arbeitslosigkeit, — an diesen harten wirtschaftlichen Tatsachen rief sich auch der Verständigungswille wund. Es wollte kein rechtes Vertrauen aufkommen; stets verdarb Mißtrauen die junge Saat. Der Unternehmer klagt über soziale Lasten, der Arbeitnehmer glaubt seine Ansprüche nur ungenügend erfüllt. Eine reizbare Stimmung, eine ständige Luft der Verärgerung atmen alle gemeinschaftlichen Verhandlungen, denen sich die Parteien nur unwillig und notgedrungen unterziehen, von der Erfolglosigkeit meist von vornherein überzeugt. Nichts ist dem Verständigungswillen abträglicher als diese Stimmung. Alle Reform muß hier einsehen, muß eine andere Gesinnung zueinander schaffen.“

Es wirkt komisch, wenn die Unternehmerverbände bekämpfen, Kampfverbände zu sein. Es wird sie niemand anders einschätzen. Unweit Düsseldorf (in Mülheim a. d. Ruhr) hat sich kürzlich eine starke Unternehmergruppe anlässlich der Geburtstagsfeier Rirdorfs zusammengefunden und unter theatralischen Zeremonien zu erkennen gegeben, daß sie im Sinne des längst fortgegläubten Scharfmachergeistes weiter zu wirken gewillt ist. Bei dieser Demonstration waren sicher auch Mitglieder der oben genannten Unternehmervereine vertreten. Denn der Stahlruß und andere Werte der Schwerindustrie haben bekanntlich in Düsseldorf ihren Sitz. Wenn man sich das ins Gedächtnis zurückruft, dann kann man die Behauptung, die Arbeitgeberverbände seien keine Kampfverbände, nur als Heuchelei betrachten. Eine reizbare Stimmung, eine ständige Luft der Verärgerung soll nach dieser Verlautbarung das Kennzeichen der gemeinsamen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sein. Es ist in der Tat so. Deshalb verlangt jene Arbeitgebervereine eine Reform, die diese ständige Luft beseitigt und einer anderen Gesinnung Platz macht. Die Gewerkschaften würden es sicher begrüßen, wenn ein besseres Einvernehmen zwischen den beiden Faktoren der Wirtschaft, Kapital und Arbeit, Platz greifen würde. Aber hier ist die Frage aufzuwerfen: an wem liegt denn diese verärgerte Stimmung? Die Gewerkschaften können wohl mit gutem Recht so sich sagen, daß sie ziemlich unschuldig hieran sind. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren, und namentlich in der schwierigsten Zeit der Währungsumstellung, die reizbare Stimmung bewußt durch ihre Maßnahmen erzeugt. Rücksichtslos wurden den Arbeitern und Angestellten die bestehenden Erfolge der Revolution zum größten Teil genommen. Man bot Hungerlöhne und verlängerte die Arbeitszeit weit über das absolut notwendige Maß hinaus. Und als dann die Wirtschaft gebundete, als die Rentabilität der Industrie sich mehr und mehr hob, da war es den Gewerkschaften nur unter äußerster Kraftanstrengung möglich, die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten in bescheidenem Maße zu verbessern. Durch diese Umstände wurde jene ständige Luft der Verärgerung geschaffen, die die genannte Arbeitgebervereine beklagt. Wenn sich die Unternehmer offen und ehrlich zu einer Verständigung bereitfinden und im Rahmen des möglichen die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen bereit sind, dann wird auch die reizbare Stimmung und die ständige Luft der Verärgerung verschwinden. Die Unternehmerverbände haben Gelegenheit, ihre neue Gesinnung durch die Praxis zu zeigen. Ist dies dann der Fall, dann wird es nicht an den Gewerkschaften liegen, ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Wirtschaftsfaktoren eintreten zu lassen. Aber bis dahin gelten die Unternehmerverbände in den Augen der Arbeiter lediglich als Kampfverbände gegen die Arbeiter.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gesetz:

1. Gau (NO): Nach Schwerin zu der Fa. E. Reimer Betrieb Dümmerhütte sind Steinblöcher fernzuhalten (Lohnindifferenzen).
1. Gau (NW): Die Firma Henke, Baustelle Groß-Nehberg bei Vollratsruhe (Mecklenburg-Schwerin) wegen Nichtzahlung der Tariflöhne.
4. Gau: Die Stiefffirmen: Kummmer-Wölker und Witte in Braunschweig, Diedrich und Wolf in Wolfenbüttel, Hoffmann in Gandersheim, Ludwig in Seinfeld, Meyer in Schöppenstedt, Müller in Schlöden, haben trotz wiederholter Ermahnung keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt. — In Greiz wegen Maßregelung einheimischer Kollegen wird der Steinbergbetrieb Dettel & Koppfleisch erneut gesperrt.
5. Gau: Der Betrieb Wolfstahl, Witten-Heven der Firma Röhmann u. Hoppe G. m. b. H. in Bochum (Steinarbeiter), kein Tarif.

Streik:

1. Gau (NO): In Brandenburg (Steinseher).
4. Gau: In Magdeburg bei der Firma Keimar (Marmorbetrieb). Grund: Lohnindifferenzen. — In Dessau Steinmehlen. — In Nordhausen in den Steinseherbetrieben: Karl Sonnabend, Wilhelm Sonnabend, Friedr. Freudenberg, Wilhelm Freudenberg, Wilhelm Kaiser wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages.
6. Gau. In Mittel- und Südbaden in der Werksteingruppe. — In Hall (Schwäbisch) sind einige Kollegen beim vorigen Bauarbeiterstreik beteiligt, deshalb kein Zugang von Steinmehlen.

Erledigt der Streik in Jöbbün. — Die Sperre in Breitenborn über den Betrieb der Mitteldeutschen Hartsteinindustrie. — In Augsburg die Lohnbewegung der Steinseher.

Tittling. Am Sonntag, dem 22. Mai fand in Tittling im Gau Ost zur Post eine außerordentliche Versammlung der Steinarbeiter mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Bericht über Tarifwesen und Organisation durch Bezirksleiter Haußleiter. 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab der Kassierer, Kollege Baumann, den Kassenbericht vom 1. Quartal bekannt. Da die Revisoren nicht anwesend waren, konnte dem Kassierer Entlastung nicht erteilt werden. Bei Punkt 2 wurde der Kollege Jos. Kaiser als Vorsitzender wiedergewählt, als Kassierer wurde der Kollege Franz Herl, von Höhenberg, gewählt, zu Revisoren die Kollegen Baum-

garten und Anton Arenn. Im Punkt 3 gab der Bezirksleiter Kollege Haußleiter einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen von 1926 und 1927; gab den Anwesenden deutlich zu verstehen, daß es unter den Umständen, die zur Zeit in der Zahlstelle herrschen, nicht weitergehen könne. Bei der Diskussion war man sich dahin einig, daß es ohne Organisation nicht geht, und es wurde beschlossen, daß der letzte Steinarbeiter in Tittling dem Verbande zugeführt werden soll. Der Kassierer wurde aufgefordert, am kommenden Montag die Aufnahmescheine in die Betriebe hinauszugeben.

Wiesl. Am 15. Mai 1927 lagte im Lokal Schmitz-Alperbrunn unsere Quartalsversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Gautionenbericht, 3. Lohnverhandlungsbericht, 4. Kartellbericht, 5. Verschiedenes. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Kollegen Huhn wurde das Protokoll verlesen und genehmigt. Dann gab Kollege Hensel den Kassenbericht. Von den Revisoren geprüft und in Ordnung befunden, wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Sodann führte Bezirksleiter Kollege Lenz etwa folgendes aus: Die Zahlstelle Wiesl geht seit ihrem Bestehen den Krebsgang, durch die schlechten Organisationsverhältnisse, Mehrung der Arbeitsstreitigkeiten. Allein 156 Klagen im Laufe des Jahres 1926; deshalb agitiert für den Verband. Widerspruch lösten seine ersten Ausführungen aus. Kollege Hensel sagt, daß sein Amtsvorgänger, Kollege Kranenberg, konsequent die entsprechend rückständigen Mitglieder gestrichen habe, daß durch den Abbau 1925/1926 eine empfindliche Verringerung der Mitgliederzahl eingetreten sei. Zu Punkt 2 erstattet Kollege Hensel Bericht. 43 Delegierte, außerdem Kollege Linke vom Zentralvorstand, die Gauleiter, Kollegen Gante und Braun, waren anwesend. (Näheres siehe Steinarbeiter.) Betreffend Ablehnung des Antrages der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung führt Kollege Döpper aus: Ueber die Zweckmäßigkeit wird viel gestritten. Ich glaube, daß die Versicherung ein wertvolles Erziehungsmittel zum Klassenbewußtsein ist. Die Zukunft der Jugend, aber wo bleiben die Alten, die Pioniere unserer Bewegung, die die Sorge dem Staat überlassen wollen. Wie dann aber gejagt wird, wissen wir. Deshalb Einführung der Versicherung, sie ist eine soziale Notwendigkeit, ein Erziehungs- und Werbemittel. Staffellung der Beiträge, damit Verringerung der Verwaltungskosten, jedoch Extramarke, damit auch der geringer Entlohnthe sich eine entsprechende Rente sichern kann. Punkt 3. Kollege Lenz greift weit zurück. Trefflich beleuchtete er die Sünden der Hochkonjunktur, die Abwehr der Kommunen und den Verlust des Marktes, Wiedergewinnung durch Kampfpreise auf Kosten des bekannten breiten Rückens, Zusammenschluß der Unternehmer. So ist es denn auch erklärlich, wenn bei den Verhandlungen Herr Dr. Haas sagen konnte: „Ja, hättet ihr euch im Herbst etwas abziehen lassen, dann könnten wir euch jetzt auch jusehen. Zu den Verhandlungen selbst. Tarifablauf am 31. Mai 1927. Gefordert sind 15 Proz. auf die bestehenden Tariflöhne bzw. Akkordsätze. Weiterzahlung der Mehrlöhne. Bewilligt wurden 3 Pfg. pro Stunde; selbstverständlich erfolgte Ablehnung des Angebots. Dienstag, den 17. Mai, Verhandlungen vor dem Tarifamt. Zu Punkt 4 berichtete Kollege Hensel, daß seit Neuwahl des Vorstandes das Kartell eine intensive Tätigkeit entfalte. Als Beisitzer für das in Gammersbach zu bildende Arbeitsgericht sind vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands vorgeschlagen die Kollegen Kaiser-Gammersbach, Wirths-Osberghausen, Hensel-Wiesl. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Anschaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und die Praxis des Arbeitsrechts auf Kosten der Zahlstelle beschlossen. Mit aufmunternden Worten an die Kollegen, die Agitation nicht einzelnen zu überlassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bottrop u. Umgegend. Versammlungen am 24. 4. und 22. 5. 1927. Versammlungsbesuch gut. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. Die Kasse wurde von Kollegen Becker und Herzig revidiert und dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Punkt 2 wurde die Wahl eines zweiten Vorsitzenden vorgenommen. Der Kollege Rusch-Fapski, Franz, in Gladbeck, wurde einstimmig gewählt. Zu Punkt 3 erstattete Kollege Becker Bericht von Elberfeld. Da sich die Unkosten höher als vorausgesehen belaufen haben, erhält Kollege Becker laut Versammlungsbeschluss noch 10 M. Als Punkt 4 wurde Bericht über die Lohnverhandlungen erstattet. Punkt 5 wurde Delegiertenwahl zum Verbandstag vorgenommen. Kollege Reinhardt Bottrop erhielt 14, Gerhard Barmen eine Stimme. Nach Erledigung von „Verschiedenes“ wurde die Versammlung geschlossen.

Die zweite Versammlung enthielt folgende Tagesordnung: 1. Vorlesen des Protokolls. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Tariffragen. 4. Verschiedenes. Neue Mitglieder wurden aufgenommen. In Punkt 3 wurde festgestellt, daß verschiedene Unternehmer dem neuen Lohn noch nicht gezahlt haben. Allen Kollegen wird zur Pflicht gemacht, sofort ihren zuständigen Stundenlohn mit Nachzahlung einzufordern. Kollege Becker wurde als Mitglied für die Tarifüberwachungskommission gewählt. In Punkt Verschiedenes kam das am 29. hier stattfindende Gewerkschaftsfest zur Sprache. Die Kollegen haben sämtlich zu erscheinen. Auch werden wir uns, wie andere Jagdgruppen, mit einem Wagen an dem um 2 Uhr nachmittags stattfindenden Umzug beteiligen.

Sorau, N.-O. Am 29. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. Kollege Decker gab Bericht über die Bezirkskonferenz in Züllichau. Der Schiedspruch über das neue Lohnabkommen wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Von Kollegen wurde Klage geführt, daß manche Meister das Wohlfahrtsgeld mit auszahlen wollen. Gauleiter Schulze versprach, auf der Bezirkskonferenz Hilfe zu schaffen. Reisespesen der Delegierten wurden von der Versammlung nachbewilligt. Ein Arbeitskollege wurde in unsere Organisation aufgenommen. Mit dem Ausruf: „Werbt neue Mitglieder, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Es folgte noch ein gemütliches Beisammensein. Mancher älterer Kollege gab eine humorvolle Begebenheit aus dem Berufsleben zum Besten.

Offenburg. Am 26. Mai fand hier eine Bezirkskonferenz der Werksteingruppe und Pflastersteinbranche statt. Die äußerst wichtige Tagesordnung lautete: „Der Kampf der Granitwerksteingruppe und Stellungnahme zur Lohnbewegung der Pflastersteingruppe“. Als Vorsitzender der Konferenz fungierte Gauleiter Kollege Sarfert, als Schriftführer Kollege Laver Eid, Kaufmännisch. Der Gauleiter schilderte die vielen Verhandlungen, die in der Werksteingruppe geführt wurden, ohne zu einem Resultat zu kommen. Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, sei den Kollegen der Werksteingruppe nichts anderes übrig geblieben, als die Arbeit niederzulegen. Die Kollegen waren um so mehr zu diesem Schritt gezwungen, als die Unternehmer in provokatorischer Weise am 21. März in einem Aushang bekanntgaben, daß jeder, der ab 1. April zu den alten Löhnen nicht mitarbeiten wolle, sich als entlassen betrachten könne. Sarfert ging noch auf die von einzelnen Unternehmern ausgesprengten Gerüchte von wildem Streik usw. ein und erklärte, der Zweck dieser Märchen sei, zwischen die Angestellten und die Kollegschaft einen Keil zu treiben. Dies dürfte kaum gelingen, weil das Manöver zu durchsichtig ist. Es haben seit dem Streik zwei Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Karlsruhe stattgefunden. Diese waren von dem Vorsitzenden der Schlichtungsstelle überflüssig, um zwischen den beiden Parteien einen Vermittlungsvorschlag zu machen. In beiden Verhandlungen glänzten die Unternehmer durch Abwesenheit. Sie scheinen auf diese Weise den Arbeitern ihre Stärke vorzumonstrieren zu wollen. Alsdann kam Kollege Sarfert auf die Lohnbewegung der Pflastersteingruppe zu sprechen. Bekanntlich wollen die Pflasterer die Herabsetzung der alten Löhne aus dem Jahre 1925 bis März 1926. Kollege Sarfert schilderte die vielen Verhandlungen dieser Gruppe. Er richtete an die Kollegen der Konferenz das Ersuchen, sich auszusprechen über die Lage in den einzelnen Zahlstellen. Von beiden Gruppen setzte nun eine rege Aussprache ein über die Lage des Streiks sowie die Lohnbewegung der Pflastersteingruppe. Diese Aussprache gab den Delegierten ein anschauliches Bild über die Situation in den einzelnen Zahlstellen. Sarfert schloß die Konferenz mit dem Appell, in dem uns aufzunehmenden Kampfe auszuhalten bis zum siegreichen Ende.

Rundschau.

Ludwig Both Unser Verband und die Zahlstelle Frankfurt a. M. hat wiederum einen schweren Verlust zu beklagen. Am 31. Mai erlag der Kollege Ludwig Both im Alter von 46 Jahren dem heimtückischen Lungenleiden, der Berufskrankheit. In der Rheinpfalz, in Bieberschied bei Lauterbach geboren, kam er nach Erlernung des Steinmetzberufes und nachdem er an verschiedenen anderen Orten gearbeitet hatte im Jahre 1906 nach Frankfurt am Main, wo er sich sofort unserem Verbands angeschlossen. Da er dem Verbandsbezug gleich großes Interesse entgegenbrachte, wurde er infolge seines ruhigen, sachlichen Auftretens, bald in den Vorstand gewählt, welche Funktion er jahrelang innehatte. Both wurde durch die Beschädigung auf verschiedenen Verbandstage auch den übrigen Kollegen im Reich bekannt, und hat hier die Interessen der Kollegen wirksam vertreten. In der sozialdemokratischen Partei, in der Arbeiterbewegung sowie in allen Zweigen der Arbeiterbewegung stand Both seinen Mann. Infolge seiner angegriffenen Gesundheit war Both seit 1919 nicht mehr im Berufe tätig, sondern in der Kriegsbeschädigtenfürsorge angestellt. Auch hier hat er durch sein stilles, bescheidenes Wirken die Interessen der Kriegsbeschädigten auf das wirksamste wahrgenommen. Kollege Both hat es außerordentlich schmerzhaft empfunden, daß er den Arbeiten des Verbandstages nicht folgen konnte. Es war sein Wille, an der Tagung teilzunehmen. Doch traf mitten in die Tagung die Nachricht ein, daß Both von uns gegangen ist. Kollege R. e. h. l., Frankfurt, widmete ihm einen warmen Nachruf, den der Verbandstag stehend anhörte. Er gelobte im Sinne des Verstorbenen für die Interessen der Kollegen weiterzuwirken. Uns aber, die wir jahrelang mit Both aufs engste zusammengearbeitet haben, wird der Tod dieses braven Kollegen erst recht ein Ansporn sein, den Organisationsgedanken weiterzutragen. An der Bahre des Kollegen steht seine brave Lebensgefährtin mit zwei Kindern, die bereits der Schule entwachsen sind. In seiner Verbandsstätigkeit hat sie ihn wesentlich gestützt, deshalb das herzlichste Beileid des Verbandstages. Der so plötzlich verstorbene Kollege L. Both steht im Gedenken in der Reihe unserer Besten, wenn von jenen gesprochen wird, die schon vor ihm aus unserem Kreise scheiden mußten. Ehre seinem Andenken!

Technische Hochleistungen. Zwei technische Hochleistungen, die in letzter Zeit vollendet wurden, sind wert, erwähnt zu werden: der Bau eines Eisenbahndammes nach der Insel Sylt und der Spreetunnel bei Berlin-Friedrichshagen. Der Eisenbahndamm nach der Insel Sylt war schon längst geplant, jetzt ist er nach einer Bauzeit von knapp vier Jahren vollendet worden. Der Damm durchschneidet das Meer und ist 11 Kilometer lang. Damit ist Sylt keine reine Insel mehr, sondern zu einer deutschen Halbinsel geworden. Die Krone des Damms ist 11 Meter breit. Sie reicht für ein Schienenpaar. Die Höhe über der mittleren Tiefe des Meeres beträgt 7,40 Meter und übertrifft die bisher festgestellte höchste Sturmflut noch um 1,8 Meter. Es besteht Aussicht, daß durch die Tätigkeit des Meeres Neuland im wahrsten Sinne des Wortes gewonnen werden kann. Bereits jetzt sind seit der Anlage des Damms 280 Hektar Land angeschwemmt worden. Somit wird aus dem Damm eine immer breiter werdende Landzunge. Ein Kulturwert ersten Ranges ist also geschaffen worden.

Der Spreetunnel bei Friedrichshagen ist insofern beachtenswert, weil der Bau desselben auf eine ganz neue Art erfolgte. Naheinander wurde je ein vorher fertiggestellter halber Tunnelkörper ohne Sohle auf eine künstlich aufgeschüttete Halbinsel gestellt und mittels Preßluft in die Tiefe versenkt. Schließlich wurden beide Tunnelhälften innerhalb einer abgerammten offenen Baugrube verbunden und die Sohle angelegt. Zur Sohle des Tunnels führen 50 Stufen, sie steigt 7,30 Meter unter dem Spiegel der Spree. Der mit grünen Matten ausgestattete Innenraum ist bei einer Höhe von 2,50 Metern und einer Breite von 5 Metern elektrisch beleuchtet und wird auch elektrisch entlüftet. Wie der Berliner Bezirksbürgermeister R o h l bei der Eröffnungsfesterei erklären konnte, ist dieser Tunnel infolge seiner Bauart weit über Deutschlands Grenzen berühmt geworden. Die Untertunnelung des Armeekanals ist nach den Erfahrungen dieses Tunnels bei Friedrichshagen durchaus keine Utopie mehr.

Das Volksvermögen und die Arbeiterschaft. Mit Volksvermögen bezeichnet man den wirtschaftlichen Reichtum eines Landes. Der große Krieg hat natürlich auch auf diesem Gebiete wesentliche Veränderungen gebracht. Die am Kriege beteiligten Staaten wurden ärmer, während andere, z. B. die Vereinigten Staaten, gewannen. Das Volksvermögen pro Kopf der Wohnbevölkerung beträgt gegenwärtig ungefähr in

Großbritannien	12 600 Mk.	Schweden	3 340 "
Bereinigte Staaten 11 700 "		Tschechoslowakei	3 020 "
Schweiz	9 440 "	Jugoslawien	2 840 "
Spanien	5 800 "	Rumänien	2 580 "
Belgien	5 760 "	Italien	2 540 "
Frankreich	5 468 "	Portugal	2 400 "
Deutschland	5 000 "	Oesterreich	2 160 "
Holland	4 580 "	Griechenland	1 740 "

Beachtenswert ist, daß die Schweiz neben Großbritannien in Europa an der Spitze steht. Die Schweiz hat fast gar keine Rohstoffe und ist im Bezuge derselben vom Ausland abhängig. Dennoch übertrifft sie Deutschland fast um das Doppelte. Deutschland steht nicht am schlechtesten da. Man könnte nunmehr die Frage stellen, wie ist das Volksvermögen unter der Bevölkerung verteilt? Das Ergebnis ist nicht sehr rosig. Gerade in Deutschland ist der Reichtum des Landes unter einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung verteilt. Auf eine Familie zu vier Köpfen gerechnet, kämen nach obiger Aufstellung 20 000 Mk. Welche Familie ist in der glücklichen Lage, ein Vermögen von 20 000 Mk. ihr eigen zu nennen? Die große Masse besitzt nichts als die nackte Existenz. Und um diese Existenz muß sie unablässig ringen.

Das Brot wächst schneller als die Menschen. In der deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft sprach kürzlich Prof. Dr. Julius Hirsch über die „Neuen Grundlinien des wirtschaftlichen Wandens“. Der Redner ging ausführlich auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Gegenwart ein. Vor allem ist das von Malthus entwickelte Gesetz, wonach der Nahrungsmittelspielraum nur eine gewisse Anzahl von Menschen zulasse, durch die moderne Entwicklung überholt. Einst wuchs der Mensch schneller als das Brot, heute wächst das Brot schneller als die Zahl der Menschen. Prof. Hirsch sieht diese entscheidende Entwicklung in der Abnahme der Geburtenzahlen und in der raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Von wesentlicher Bedeutung ist die Entwicklung der Industrie zur Erzeugung künstlicher Stickstoffes. Dadurch wird der Bedarf an Nährsalzen verringert und dennoch ergeben sich größere Ernährungsmöglichkeiten. Der seit Jahrtausenden bestehende Landhunger hat sich also in Landflucht verwandelt. Der Kampf in der Weltpolitik richtet sich heute nicht mehr nach den alten Grundrissen des Imperialismus um mehr Boden, sondern um die seltenen Rohstoffe und Kraftquellen.

In der modernen wirtschaftlichen Struktur tritt an die Stelle des Besitzes von Vermögenswerten immer mehr die Verfügungsmacht über Unternehmungen und Wirtschaftskräfte. Der einzelne Betrieb wird durch die Großunternehmung verdrängt, die eine Vielzahl von Betrieben umfaßt und die deren leitenden Personen eine kolossale Kraft verleiht. Das große Wirtschaftsproblem von heute ist noch immer die Nutzbarmachung der eigenen Arbeitskraft. Deutschland verliert durch Arbeitslosigkeit 5 Milliarden Volkseinkommen. Der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit führt zu steigendem Ertrage. Deshalb muß die Umgestaltung im Wirtschaftsprozess so geschehen, daß die arbeitenden Massen den Nutzen nicht später fühlen als das Leid aus ihrer Wirkung. — Recht klare und verständliche Worte, von denen man nur wünschen möchte, daß auch das deutsche Unternehmertum etwas von ihnen in sich aufnimmt.



GEG - ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSSIGARETTEN
Thadmor und Arbeitersportler zu 4 Pl.
Zeronth zu 5 Pl. * duftig * leicht * mild
KONSUMVEREIN

Zur Ordnung im Beitragsbuch!

Es ist immer der Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interimskarte wöchentlich fällig, wie die neueste Ausgabe des „Steinarbeiter“ numeriert ist.

Lohnfürzungen und ihre gefühlige Wirkung. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Geschäftsbünte in den Vereinigten Staaten nur dadurch zu ihrer vollen Wirkung kam, weil es gelang, die von den dortigen Unternehmern gewünschte Lohnfürzung zu hintertreiben. Eine Kommission der britischen Regierung, die kürzlich zum Studium der amerikanischen Wirtschaft in der Union weilte, stellt dies mit folgenden klaren Worten fest: „Es kann kein Zweifel bestehen, daß die zuerst von den Unternehmern befürwortete und tatsächlich ins Werk gesetzte Politik einer allgemeinen Herabsetzung der Löhne zur Überwindung der Wirtschaftsdpression des Jahres 1921 vorlag. Soweit die Arbeiterorganisationen stark genug waren, haben sie diese Politik aufs heftigste und mit beträchtlichem Erfolg bekämpft. Der Widerstand gegen eine Politik der Lohnfürzungen als Mittel zur Deflation war genügend stark, um die Erzeugung anderer Auskunftsmitel in den Vordergrund zu rücken. Die Wirtschaftspolitik wandte sich der Herabsetzung anderer Kostenfaktoren zu; die Bemühungen um die Erhöhung der Produktivität und Senkung der Untkosten sowie eine allgemeine Steigerung der Leistungsfähigkeit und Erhaltung der Kaufkraft der Bevölkerung auf dem höchsten Stande waren von weitreichender Wirkung auf die amerikanische Wirtschaft im allgemeinen.“

Zur Beachtung.

Einige wichtige Entscheidungen des Verbandes mögen die Verbandsmitglieder schon vorher zur Kenntnis nehmen; über die Einzelheiten informiert dann der Schlussbericht in der Nr. 25 des „Steinarbeiter“ und das recht bald erscheinende Protokoll.

In der Abstimmung über die Anträge zum Geschäftsbericht wurden eine Anzahl von Anträgen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt, soweit sie nicht vorher zurückgezogen wurden.

Die Anträge, die Abberufung, Rücktritt, Entlassung und Ausschluß des Redakteurs forderten, wurden mit übergroßer Mehrheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und mit wenig Gegenstimmen folgende Entscheidung angenommen:

„Der Verbandstag erkennt an, daß Kollege Siebold in seiner Stellung als Redakteur seine Pflicht erfüllt hat.“

Der Verbandstag bebaut jedoch den Austritt des Kollegen Siebold aus der SPD, weil hierdurch politische Differenzen in den Reihen der Kollegen hervorgerufen worden sind.

Da der Austritt des Kollegen Siebold aus Gründen erfolgte, die in den besonderen politischen Verhältnissen des Reichstaates Sachens ihre Ursache haben, lehnt es der Verbandstag ab, sich in diesen politischen Streit einzumischen.“

Der Antrag des Ausschusses, dem Gesamtvorstand, einschließlich des Redakteurs, Entlastung zu erteilen, wurde gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Verlegung des Verbandssitzes von Leipzig nach Berlin wurde abgelehnt,

die Resolution, die eine Verschmelzung mit einem anderen Verband verwarf, angenommen.

Am letzten Verhandlungstage wurde der Antrag des Verbandsvorstandes zur Beitrags- und Unterstützungsregelung mit feinen Verbesserungen mit großer Mehrheit angenommen (§ 3, 5).

Die Unterstützung Arbeitsloser als Verbandseinnahme verlagt; ebenso die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung.

Die Beitragsänderungen mit den daraus resultierenden erhöhten Unterstützungen treten am 1. Juli 1927 (27. Woche) in Kraft.

Die Verbandsleitung, einschließlich des Redakteurs, wurde gegen wenige Stimmen wiedergewählt, der Ausschussvorsitzende, Sig. Dresden, einstimmig. Die Gauleiter wurden ebenfalls neu befristet. Der Beirat neu zusammengesetzt nach den Berufsgruppen.

Der Verbandstag findet weiterhin alle zwei Jahre statt.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Am 15. Mai betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger rund 746 000 Personen (männlich 606 000, weiblich 140 000). Vom 1. bis zum 15. Mai war ein Rückgang von 124 000 oder 14,3 Proz. zu verzeichnen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug am 15. Mai 226 000 Personen. Der Rückgang der Gesamtzahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 15. April bis zum 15. Mai macht insgesamt 245 000 Personen oder 20 Proz. aus. Im Frühjahr eines jeden Jahres ist der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit am größten. Dies muß dabei berücksichtigt werden.

Die Rationalisierung erst nach zehn Jahren wirksam? Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, hat einem Pressevertreter gegenüber erklärt, daß sich die angestrebten Wirkungen der Rationalisierung erst in 5 bis 10 Jahren zeigen würden. Ein recht trüber Pessimismus, der sich hier zeigt. Bekanntlich haben sich in anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, die Wirkungen der Rationalisierung nach kurzer Zeit eingestellt. Sie zeigten sich besonders in der Herabdrückung des Preisstandes. Die deutschen Industriellen vertrösten das Volk auf den St. Nimmerleinstag. Inzwischen machen sie ihre Geschäfte und schöpfen den Rahm ab. Lohnerhöhungen haben sich als der beste Förderer der Umstellung auf bessere Produktionsmethoden herausgestellt. Sie gilt es weiter zu verfolgen, damit wenigstens von dieser Seite ein Nutzen für die Arbeiterschaft abfällt.



Bekanntmachungen der Zahlstellen u. Gauleitungen

Legernau. Der Pflastersteinarbeiter Leo Dalpiatz reiste von hier ab, ohne seinen Verpflichtungen beim Kostgeber und seinen Kollegen gegenüber nachzukommen. Sein Verbandsbuch lagert ebenfalls hier. Also aufpassen!

Kassierer Joseph Höllt.

Müncheberg i. M. Der Steinseher Paul Nierus, geb. 27. November 1888 in Neufalken, ist abgereist, ohne seine Interimskarte in Ordnung zu bringen, womit er schon seit 1. Oktober 1926 im Rückstand ist. Die Zahlstellenverordnungen mögen ihm keine neue Karte ausstellen.

Dresden. Die Kollegen allerorts werden gebeten, dem Unterzeichneten umgehend die Adresse des Kollegen Max Zeißler, Verbandsbuch Nr. 61 448, mitzuteilen oder ihn auf diese Notiz aufmerksam zu machen. Koll. Zeißler hat vor kurzem in Zwissau gearbeitet.

Willi Mühl, Gauleiter, Dresden-N. 19, Eisenacher Str. 17, I.

Greiz. Alle nach hier zureisenden Kollegen haben sich beim Kollegen Arno Linke, Greiz-Pohlitz, Obere Braunstraße 19, zwecks Ausstellung einer Arbeitsberechtigungskarte zu melden.

Raugard i. Pom. Die Verbandskollegen werden hiermit aufgefordert, die Firma Hoff, Steinmetzmeister, Massow i. Pommern, zu meiden. Da ist die Belegschaft nicht organisiert und die genannte Firma nur sogenannte „Wilde“ einstellt, um die hier tätigen Verbandskollegen der anderen Firmen zu schädigen.

Lithographiestein- und Marmorgebiet. Am Sonntag, dem 12. Juni, 14 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus zum Lamm in Pappenheim eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Verbandsdelegierten. 2. Festlegung der Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.

Tiefenstein. In unserem Zahlstellenbezirk gibt es verschiedene, die sich von den Verbandspflichten unter allerhand Ausreden drücken. Sie kommen und gehen und prellen außerdem noch einzelne Kollegen und Logiswirte. Dadurch wird das Ansehen der Steinarbeiter natürlich nicht gehoben. Besonders zu nennen ist hier der Pflastersteinhauer Johann Kiedl, der jetzt beschäftigt ist in Unterpölling bei Fürstenstein, Bayr. Wald. Der Verband in der Beitragsregelung, ein Kollege, der den Betreffenden aus der Not half und ein Logiswirt sind die Geprüllten. Solche Kollegen müssen in den Arbeitsstellen nicht nur tüchtig gestrauchelt, sondern mit aller Energie angehalten werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Kass.: Joseph Kiedl.

2. Gau. Die Gauleitung des 2. Gau's in Pienitz findet wegen Teilnahme des Gauleiters Senft am Internationalen Steinarbeiterkongress in Kopenhagen (25. und 26. Juni) nicht am 26. Juni, sondern am 10. Juli statt. Ort, Zeit und Tagesordnung bleibt bestehen. (Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 23 vom 4. Juni.) Die Gauleitung: Faver Senft.

Wildemann. Zur Stärkung der Lokalkasse gingen ein: Von der Maifeier 23,50 Mk., aus einer Delegationsammlung 28,10 Mk.

Adressenänderungen.

1. Gau NO: Fürstenwalde a. d. Spree. Vorj. und Kass.: Hermann Müller, Kirchhofstr. 6 B. — Goknow. Kass.: Emil Wolfgramm, Raugard, Gute Hoffnung 1. — Stolp. Kass.: D. Hübner, Arbeiter-Siedlung, Friedrich-Ebert-Str.
1. Gau NW: Bremen. Vorj.: A. Böpplé, Gröpelinger Heerstr. 76, II. — Pinneberg. Vorj. u. Kass.: Joh. Mohr, Mühlenstr. 57.
2. Gau: Frankestein. Vorj.: Paul Herrmann, Neustr. 7.
3. Gau: Döbeln. Vorj.: Max Geißel, Gasthof Fischwäz bei Döbeln. Kass.: Kurt Möbius, Hödenhof Nr. 15 bei Döbeln.
4. Gau: Römheld. Vorj.: Friedrich Thein.
5. Gau: Köln II. Vorj.: Franz Beder, Großer Griechenmarkt 16, I. — Dortmund. Sektionsleiter der Steinarbeiter: Christian Stöhr, Düsselborfer Straße 30.
6. Gau: Lütjensbach. Kass.: Otto Bollmer, Kallenbach, Post Rander in Baden.
7. Gau: Tittling. Kass.: Franz Herl, Hühmeberg bei Tittling.
8. Gau: Craihsheim. Vorj.: Andreas Menz, Wallhausen.

Anzeigen

10—15 Steinsetzer
werden eingestellt.
E. May & W. Knöchel, Steinsetz- und Tiefbau-Unternehmung, Halle a. S., Mittelstraße 7.

Suche sofort
2—3 Steinmetzen
auf Sand- und Kunststein. Kost und Logis im Hause R. Scholz, Belgig.

10 Steinsetzer
für laufende Arbeiten in Berlin gesucht. (Tariflohn)
Otto Spremberg, Steinsetzmeister, Berlin-Lichterfelde, Mühlenstr. 3a.

Einige tüchtige
Pflastersteinarbeiter
die auch bossieren können, werden sofort eingestellt.

Richard Schrödersche Steinbruchverwaltung, Schmölln O.-L.

Stelle sofort
3 tüchtige Steinsetzer
für Kleinpflaster ein.
Karl Max Suhr, Reichenbach i. V.



Alle Straßenbaugeräte

Rammen
Brechstangen
Pflasterhämmer
Stockhämmer

liefern konkurrenzlos billig frei jeder deutschen Bahnstation
Krügelstein & Co., Berlin N4, Tieckstr. 23a

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 53284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Gestorben.

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Gummersbach am 21. Mai der Bohrer Josef Gollies, 52 Jahre alt, Lungenleiden (8 Wochen krank).
In Strehlen am 22. Mai der Brecher Alfred Raschke, 42 Jahre alt, Herzschlag.

In Löwenberg am 23. Mai der Steinmetz Josef Rieger, 62 Jahre alt, Lungenleiden (13 Monate krank).
In Berlin am 24. Mai der Steinseher Friß Braun, 79 Jahre alt, Herzschwäche (arbeitsunfähig 6 Jahre).

In Dresden am 24. Mai der Steinmetz Hermann Richter, 53 Jahre alt, Gicht (30 Wochen krank).
In Engter am 26. Mai der Brecher Wilhelm Wlmes, 27 Jahre alt (Unfall).

In Leipzig am 26. Mai der Hilfsarbeiter Peter Köhler, 69 Jahre alt, Gehirnschlag.
In Königsbrück am 27. Mai der Hilfsarbeiter Ernst Richter, 58 Jahre alt, Herzschwäche (16 Wochen krank)

Ehre ihrem Andenken!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig.

Vom 11. Verbandstag.

Am Sonntag, dem 29. Mai, dem Tage des Eintreffens der Delegierten, war von der Frankfurter Zahlstelle im großen Saale des Volksbildungsheims ein Begrüßungsabend arrangiert. Das Doppelquartett „Union“, Herr Schauspieler Alfred Auerbach, dann eine Abteilung der freien Turnerschaft und andere künstlerische Kräfte boten vorzügliches. Die Delegierten, die Frankfurter Kollegen mit ihren Familienangehörigen und die zahlreich erschienenen Kollegen mit Familienangehörigen aus der näheren und weiteren Umgebung sind sicher alle auf ihre Rechnung gekommen. Es war wirklich ein gemütlicher kollegialer Abend, der eingeleitet wurde mit herzlichen Begrüßungsworten des Kollegen Joseph Rehl, dem Vorsitzenden der Frankfurter Zahlstelle. Der Kollege Winkler erwiderte ebenso herzlich.

Am Montagvormittag um 9 Uhr trat dann der Verbandstag zusammen. Von ausländischen Bruderorganisationen liegen Begrüßungsschreiben vor. Anwesend ist der Internationale Sekretär, Kollege Robert Kolb aus Zürich. Aus Holland der Kollege Sinoo, aus Wien der Kollege Heizer. Den DGB vertritt Eggert. Nachdem Winkler die Teilnehmer in längeren Ausführungen begrüßt, wurden die geschäftlichen Formalitäten erledigt. Zu Verhandlungsleitern wurden die Kollegen Winkler und Eisner, zu Schriftführern die Kollegen Scheibe (Berlin), Hemm (Heidingsfeld), Meins (Hamburg) und Gottwald (Gleiwitz) gewählt. Die Mandatsprüfungskommission bildeten die Kollegen Jung (Berlin), Gorbdi (Striegau), Weber (Demitz), Preßsch (Halle), Koch (Düsseldorfer), Weidenhammer (Hemsbach), Probst (Büchigberg). Die Statutenberatungskommission wurde vom Vorstand vorher gewählt, damit sie vorher zusammentritt und ihre Belastung während der Verhandlungen nicht zu groß wird. Kollege Winkler ersucht den Verbandstag unter Darlegung der Gründe diese Uebung gutheißen. Nachdem Kollege Preßsch (Halle) Widerspruch erhoben hatte und eine Neueinsetzung beantragt hatte, wurde mit großer Mehrheit der Handhabung des Verbandsvorsitzes zugestimmt. Zu dieser Kommission gehören: Neumann (Hamburg), Müller (Striegau), Wittig (Dresden), Müller (Hohburg), Lumme (Wernigerode), Schmidt (Wagen), Henneberger (Kirchheim), Loß (Gelnau), Nieriem (Wimmsenhausen). In die Wahlkommission wurden gewählt: Osterloh (Bremen), Kruschke (Striegau), Riedel (Weucha), Gebhard (Langenlitz), Bringmann (Bielefeld), Müll (Mannheim), Pauß (Kirchenlamitz), Kraus (Kürnberg), Sarholz (Wiesbaden).

Zu der vorliegenden Tagesordnung schlägt Kollege Anders (Berlin) vor, zu behandeln: „Die Bedeutung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland und die Folgen für die gesamte Arbeiterbewegung“. Der Antrag wurde abgelehnt und der Tagesordnung zugestimmt. Auch die Geschäftsordnung wird, wie vom Verband vorgeschlagen, angenommen. Dann begrüßt Eggert im Namen des DGB den Verbandstag, indem er unter anderem auf die Anzeichen der günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung hinweist, die zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft auszunutzen ist. Im Namen des Ausschusses der Frankfurter Gewerkschaften begrüßt der Kollege Winkler die Tagung. Ausgehend von seiner früheren Bildhauerstätigkeit schildert er die Bedeutung Frankfurts und seiner Arbeiterbewegung. Kolb gibt seiner Freude Ausdruck, am Verbandstag teilzunehmen, denn der deutsche Steinarbeiter finde in der internationalen Steinarbeiterbewegung größte Beachtung und er übermittelt die Grüße der steinernen Internationale. Heizer gibt der Begrüßung der österreichischen Kollegen Ausdruck. Sinoo, der holländischen Steinarbeiter, weist darauf hin, daß er 8 Jahre in Deutschland gearbeitet und die deutsche Organisation schätzen gelernt habe. Kollege Feilcke (Wöbau) befürwortet den Antrag 1, wonach der Vorstandsbericht nur zwei Tage dauern soll.

Dann erstattet Kollege Winkler den Geschäftsbericht, indem er mit Nachdruck auf den vorliegenden Bericht in Händen der Verbandstagsdelegierten erweist. Ergänzend fügt er u. a. hinzu:

Mit der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch eine günstige Wirkung auf die Steinindustrie zu verzeichnen, unsere Mitgliederturne bewege sich so um 60 000 herum, obgleich die neuere Zählung noch nicht vorliegt. Trotzdem seien noch Zehntausende zu gewinnen. Winkler behandelt dann die Kämpfe dieses Frühjahrs im Verbandsbereich, die, soweit sie bereits beendet sind, mit einem Erfolg abschlossen. Die vermehrte Konzentration der Unternehmungen in der Steinindustrie müsse auch die Steinarbeiter veranlassen, sich in unserer Organisation zusammenzufinden. Zu prüfen wäre auch, ob die zunehmenden Zusammenschlüsse der Unternehmungen eine Vereinfachung unseres Lohn-Tarifwesens notwendig mache. Vielleicht könnten dadurch die Bezirks- und Gauleiter entlastet werden zugunsten ihrer sonstigen agitatorischen Verbandsarbeiten. Er verweist dann auf die Betriebs- und Tarifstatistik und den Bericht des Sektionsleiters der Steinseker, Kollegen Linke, im gedruckten Geschäftsbericht, dessen Studium sehr notwendig ist für alle Verbandsmitglieder, und empfiehlt die Zustimmung des Verbandstages zu der Entschließung der Steinsekerstagung am Tage vorher (Siehe Steinarbeiter Nr. 23, Bericht von der Steinsekerstagung, Red.). Im Zusammenhang damit empfiehlt der Berichterstatter die Anschaffung des im Druck befindlichen Werkes vom Kollegen Alexander Knoll. Das Werk wird im Verbandsverlag herausgegeben.

Der Gesundheitschutz und die Unfallverhütung und unsere Bestrebungen dazu schildert der Berichterstatter eingehend, es bestehe Aussicht, daß besondere Maßnahmen zum Lebensschutz der Sandsteinarbeiter von der Reichsregierung herauskommen.

Auch die internationalen Beziehungen wurden eingehend gewürdigt, ebenso der erlebte schwedische Großkampf in der Steinindustrie.

Das kollegiale Zusammenarbeiten mit den Gau-, Bezirks- und Ortsverwaltungen, abgesehen von mal entstehenden Unstimmigkeiten, die sich nicht umgehen lassen, ist im allgemeinen gut. Der Redner wendet sich dann den zahlreich vorliegenden Anträgen zu, die unter seinem Bericht zusammengezogen sind. Soweit die Anträge sich beschäftigen mit dem Verhältnis der Angestellten zu den politischen Parteien hat der Verbandsvorstand den Wunsch, daß der Verbandstag ablehne, als Gewerkschaft unter die Botmäßigkeit irgendeiner Partei zu kommen. Den Antrag 7, der sich mit den Vorständen des DGB (Leipart) beschäftigt, sei eine lächerlich wirkende Blamage der Antragsteller. Das beste wäre, den Antrag zurückzuziehen, damit der Verbandstag ihn nicht abzulehnen brauche. Die beantragte Sitzverlegung des Verbandes von Leipzig nach Berlin befürwortete Winkler persönlich, denn der Verbandsvorstand hat mit Stimmgleichheit die Befürwortung auf dem Verbandstag abgelehnt.

Die Anträge, die eine Zusammenlegung bzw. Zusammenarbeiten der Amsterdamer mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale verlangen, behandelt der Redner eingehend und weist nach, daß die Hinderung weniger in Amsterdam zu suchen ist, sondern auf der anderen Seite, die immer Einigkeit predigen und Uneinigkeit unter der Arbeiterklasse stiften. Ebenso eingehend unter Beifall des Verbandstages werden die Anträge, die eine Verschmelzung mit einem größeren Verbandsverband zu Industriegruppen wünschen, besprochen. Unsere Selbstständigkeit brauche nicht aufgegeben zu werden. Es fehle verschiedenen Kollegen vielfach das Selbstbewußtsein, die Erkenntnis der eigenen Kraft. Wer den Wert seiner eigenen Kraft erkennt, kann auch nicht die Kräfte anderer richtig abschätzen; wer seine eigene Kraft unterschätzt, ist gar zu leicht geneigt, die Kraft anderer zu überschätzen. Unsere gewerkschaftliche Organisation, die alle Berufsgruppen in der Steinindustrie umfaßt, sei, wenn auch zahlenmäßig kleiner, das selbste Gebilde wie etwa der deutsche Metallarbeiter- oder der deutsche Holzarbeiterverband. Lediglich die Zweckmäßigkeit eines Anschlusses an eine größere Organisation sei möglichen, nicht der etwaige Beschluß einer außer-

halb unseres Verbandes stehenden Korporation. Für uns gelte es, den DGB zu stärken. Im einzelnen weist der Berichterstatter die Leistungsfähigkeit des Steinarbeiterverbandes nach auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen und bespricht die Erfahrungen, die wir gemacht haben durch die Quertreiberei von gewisser Seite, mit dem Anschluß der Steinseker an den Steinarbeiterverband. Die vorliegende Entschließung des Verbandsvorstandes in dieser Sache empfiehlt er zur möglichst einstimmigen Annahme.

Die Anträge, soweit sie zum Tarif- und Schlichtungswesen vorliegen, empfiehlt Winkler, dem Verbandsvorstand als Material zu überweisen mit Ausnahme einiger, die der Verbandstag ablehnen müsse (47, 67). Die Anträge selbst hängen fast alle mit der Stärkung unserer Kampfkraft zusammen. Das Schlichtungswesen könne mangelnde Kampfkraft nicht ersetzen.

Die Anträge 218 bis 231, 238 und 239 werden ebenfalls einzeln behandelt. Zum Schluß wünschte der Berichterstatter, daß die Delegierten aufbauende Kritik am Bericht üben. Dann folgt der Bericht des Hauptkassierers

Geist, er weist darauf hin, daß die Veröffentlichung der Quartalsabrechnungen im Steinarbeiter laufend über den jeweiligen Stand unserer Finanzen unterrichtet. Die Jahresabrechnungen und auch der Geschäftsbericht sind den Delegierten so zeitig zugestellt, daß jeder sich über die Kassenverhältnisse der beiden Berichtsjahre genügend informiert haben kann. Es ist schon im schriftlichen Bericht gesagt, daß die finanziellen Ergebnisse der Berichtsjahre, des letzteren im besonderen, nicht reiflos befriedigend können, so erfreulich das stete Anwachsen des Kassenbestandes auch ist. Denn die Steigerung des Kassenbestandes von 1925 auf 1926 ist nicht auf eine höhere Leistung von Wochenbeiträgen, sondern in der Hauptsache nur auf geringere Inanspruchnahme des Kampffonds zurückzuführen. Während 1925 30,7 Prozent der Gesamteinnahme für Streikunterstützung ausgegeben wurden, waren es 1926 nur 20,9 Prozent. Wenn man die Tabelle über die Beitragsleistung im Jahre 1926 betrachtet mit einer durchschnittlichen Jahresleistung von 35,7 vollen Beiträgen oder 27,43 Mk. pro Kopf und stellt dem die Anträge einzelner Zahlstellen gegenüber, z. B. Antrag 136 Stendal, die Streikunterstützung ist von 18 Mk. auf 34 Mk. zu erhöhen, so möchte es dem um das Wohl des Verbandes besorgten Kollegen doch angst werden. Es bringt ein Mitglied im Durchschnitt pro Jahr kaum mehr als wie für eine Woche Streikunterstützung auf; wenn man sich nun vergegenwärtigt, was die Mitglieder auf diesem Verbandstag für Ansprüche stellen, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß der größte Teil der Anträge nur so aus dem Gefühl heraus gestellt ist, nur um etwas zu fordern — unbekümmert um die Möglichkeit der Durchführbarkeit. Wie der Antrag Stendal zu verstehen ist, weiß überhaupt niemand, denn wir haben bei der Streikunterstützung weder eine Unter- oder Höchstgrenze von 18 Mk., die als Grundlage für die Erhöhung auf 34 Mk. dienen könnte. Bei einem Streik in Schlesien haben wir schon pro Woche bis zu 45,60 Mk. Streikunterstützung bezahlt, und das 34 Wochen lang. Nun stelle man die durchschnittliche Beitragsleistung in dem betreffenden Gau von 23,68 Mk. gegenüber. Von diesen bekam die Hauptkasse knapp 19 Mk. Es braucht also in solchem Fall ein Kollege fast 2 1/2 Jahre dazu, um für einen Kollegen für eine Woche die Unter-stützung auszubringen. Die Mitglieder kommen trotzdem ihren Verpflichtungen schlecht nach, denn einschließlich der Erwerbslosenmarken wird nur eine durchschnittliche Leistung von 44,2 Wochenbeiträgen erreicht. Es wird deshalb Zeit, daß es mit der Beitragsleistung besser wird.

Es kommt ferner in Frage die Abschaffung der ganz niedrigen Beiträge. Den Kollegen muß klargemacht werden, daß, solange man in Arbeit steht, 20 oder 30 Pfg. pro Woche, auch bei niedrigem Verdienst, seine allgütige Rolle spielen können. Aber wie wirken sich 30 Pfg. Beitrag mehr im Unterstufungsfalle aus, wo alle anderen Einnahmen ausfallen? — Da werden 30 Pfg. bei Kranken- oder Reiseunterstützung pro Woche 1,80 Mk., bei Streikunterstützung 3,60 bis 6,30 Mk., und, wenn der Antrag des Verbandsvorstandes zur Annahme gelangt, sogar 4,50 bis 7,20 Mk. mehr Unterstufung.

Eine Stärkung des Kampffonds tritt auch nicht ein, wenn ein voller Stundenverdienst reiflos als Beitrag an die Hauptkasse abgeführt wird, wenn sich nicht die durchschnittliche Beitragsleistung wesentlich hebt.

Die Anträge 69, 70, 71, 72, 74 und 75 sind unter allen Umständen abzulehnen.

Zweifellos ist die vom Verbandsvorstand beantragte Beitragsregulierung das mindeste, was gefordert werden muß. Entsprechend des Mindestbeitrages der Vorkriegszeit dürfte es heute überhaupt keinen Gewerkschaftsbeitrag für die Verbandshauptkasse unter 50 Pfg. geben. Ein recht betrübendes Kapitel im Kassenwesen der Zahlstellen sind wiederum die zahlreichen Veruntreuungen der letzten Jahre. Wenn ich auf dem letzten Verbandstag zum Ausdruck brachte, daß die Veruntreuungen bis dahin vermutlich noch die Folgen der Inflation gewesen sind, so können diese Gründe heute nicht mehr als Entschuldigung gelten. Wir haben seit Festigung der Währung mehr als 50 Fälle zu verzeichnen.

Sollten sich in Zukunft die Fälle wieder mehren, daß Kassierer die Marken nicht erhalten haben wollen, dann bleibt nur der eine Weg, die Marken an einen sog. Treuhänder der Zahlstelle zu senden. Es kann dies der Vorsitzende oder einer der Revisoren sein. Wirken Sie in ihrem Wahlkreis dahin, daß die als Revisoren bestellten Kollegen auch als solche ihre Pflicht tun und nicht ihren Namen unter eine Abrechnung setzen, die nicht in Ordnung ist, oder ohne sich zu vergewissern, daß die darin eingeleiteten Posten auch stimmen und bezahlt sind. Die Kassen sind das Rückgrat der Zahlstellen und dessen Stütze ist das Vertrauen der Kollegen zu ihren Sachwaltern. Wo dies fehlt oder mißbraucht wird, kann es nicht vorwärts gehen.

Am Schluß des 1. Quartals hatten wir einen Bestand von 944 864,44 Mk. Davon in der Hauptkasse 882 770,07 Mk., in den Gaufassen 14 556,65 Mk., in den Lokalfassen 47 537,72 Mk. Bis heute hat sich dieser Bestand in der Hauptkasse auf 914 976,21 Mk. erhöht und ist vorhanden in 732 420,65 Mk. Depostengelber bei Banken und Sparkassen und 156 998,12 Mk. in Aktien und aufgewerteten Hypotheken.

Abschließend ersucht der Kassen-Berichterstatter, nicht einseitig zu kritisieren, sondern auch anzuerkennen, was Gutes geleistet wurde.

Den Redaktionsbericht gibt der Redakteur Siebold. Er verweist auf den gedruckten Bericht; wenn nicht einiges zu sagen wäre zu den Anträgen, die auf das Bildungs- und Verbands- und auf seine redaktionelle Tätigkeit und politische Mitgliedschaft Bezug nähmen, hätte er aufs Vorstehende verzichten können. Dann behandelt der Berichterstatter das Bildungs- und Verbands- und auf seine redaktionelle Tätigkeit und politische Mitgliedschaft allgemein und begründet, weshalb die Beitragskonferenz im September 1926, zu der Einrichtung von Wandertouren gekommen ist, von denen bereits in 4 Gauen 12 Kurse abgehalten wurden. Der Kassenantrag sei um etwas überschritten, was der Verbandstag gutheißen möge. Redner schildert die Einbrüche und Erfahrungen von diesen Kursen und gibt eine zahlenmäßige Uebersicht wie folgt:

In den 4 Gauen (7, 8, 5, 2) haben an den 12 Veranstaltungen 366 Verbandsmitglieder teilgenommen. Davon waren 80 ledig, 284 verheiratet und 2 Witwer.

Berücksichtigt waren es: 158 Steinseker, 7 Steinbildhauer, 60 Brecher, 11 Schleifer, 44 Schotter- und Hilfsarbeiter, 43 Pfistersteinmacher, 22 Steinseker und Kammer, 6 Betriebsbandwerker, 16 Facharbeiter in der Lithographischebearbeitung und 4 Kalkwerker.

Die Verbandsmitgliedschaft war bei 84 Kollegen bis 5 Jahre, bei 165 Kollegen bis 10 Jahre, bei 44 Teilnehmern bis 15 Jahre und über 15 Jahre gehörten 73 Teilnehmer dem Verbands an.

Als Funktionen im Verband kommen in Betracht: 83 Vorsitzende, 55 Kassierer und Unterkassierer, 33 Schriftführer, 60 Revisoren, Beisitzer, Ortsauschlußvertreter, 54 Betriebsratsmitglieder, 81 hatten keine Funktion.

Das Alter der Teilnehmer ist ebenfalls wissenswert: 59 bis 25 Jahre alt, 106 von 26 bis 30, 81 von 31 bis 35, 44 von 36 bis 40, 68 von 41 bis 50 und über 50 waren 38 Teilnehmer alt.

Dann haben wir auch versucht, die politische Zugehörigkeit festzustellen, von 366 Teilnehmern gehören 179 zur SPD, 18 KPD, 169 waren parteilos. Diese Erforschung hat uns jedesmal Veranlassung gegeben, auf jedem Kursus darauf hinzuweisen, daß, wenn die Parteiloyalität aus Gleichgültigkeit verursacht wird, die Gefahr besteht, daß kein Arbeiterblatt gelesen wird und somit die Information fehlt über die Vorgänge, die das Arbeiterleben berühren.

In den Gauen 7, 8 und 5 sind von den Teilnehmern nur 135 politisch organisiert, dagegen 159 parteilos. Die Gesamtangaben hat der Schleißer Gau sehr beeinflusst, denn von 72 Teilnehmern waren nur 10 parteilos, ein sehr gutes Ergebnis.

Aus diesen Zahlenunterlagen lassen sich ganz interessante Schlüsse ziehen für den, der sich dafür begeistert, und die Verbandstagsdelegierten können daraus entnehmen, welche Zahl von Funktionären und von werdenden Funktionären des Verbandes diese Kurse besucht haben. Die Teilnehmer erhielten alle auch gute Literatur.

Die Verbandsleitung ersucht nun den Verbandstag zur Bereitstellung weiterer Mittel, damit in den übrigen Gauen 3, 4, 6, 9 die Kurse weitergehen im kommenden Herbst und Winter und dann die Vollmacht die Teilnehmer mit weiterer guter praktischer Literatur zu versorgen und zu interessieren.

Der Antrag 80 wird zur Annahme empfohlen, womit sich die Anträge 76 bis 79 erledigen. Soweit die Kurse und ihr Zweck in Frage kommt, könne er nur sagen, daß sie praktisch, notwendig und für das Organisationsleben fruchtbringend sind und daß die Vortragenden von der Verbandsleitung auf den bisherigen Wandertouren viele prächtige Kollegen kennengelernt haben. Inbegriffen sind Kollegen, die politisch äußerst links stehen, worüber man doch seine ehrliebe Freude hat. Die Delegierten mögen durch Beschlüsse dazu beitragen, mit diesen Kollegen in Fühlung bleiben zu können, dann braucht uns wegen dem Nachwuchs nicht bange werden.

Zum Redaktionsbericht übergehend, sagt Berichterstatter, daß die Verbandsmitglieder aus dem Inhalt des „Steinarbeiter“ viel lernen und übernehmen können, was heute zum vielseitigen Rüstzeug in dem alles umfassenden wirtschaftlichen Kampfe gebraucht wird. Nach den Verpflichtungen auf dem Verbandstage in Weimar ist auch die weitere Ausgestaltung erfolgt durch die monatliche technische Beilage. Sie erscheint jetzt im 2. Jahrgang und verursacht durch die Bildbeigaben auch allerhand Kosten. Es wäre ihm als Redakteur erwünscht, die Meinung der Delegierten vernehmen zu können, ob die Beilage in ihrer Aufmachung und Inhalt anspricht oder nicht.

Die Mitarbeit aus Mitgliederkreisen sei nach wie vor sehr mangelhaft. Berammlungsberichte seien keine Mitarbeit. Was im gedruckten Bericht von der Redaktion über den Verband und die unliebsamen dauernden Adressenänderungen gesagt wird, bitte er eingehend nachzulesen und bei der Berichterstattung am Orte nochmals besonders zu unterstreichen. Ferner sei zu beachten, was über Berammlungsberichte geäußert wurde. Es sei manchmal ein Sammel, wie diese Dinge aussehen, kaum lesbar, mit Bleistift hingehauen, auf zwei Seiten eng beschrieben. In der zurückliegenden Zeit sind keine solchen Berichte abgelehnt wie früher, sondern immer ein Vermerk angebracht. Erziehungsarbeit zu leisten, daß sei besser, als diese Berichte dem Papierkorb einzuzureißen, wo sie eigentlich hingehören. Andere Berichte wieder sind musterhaft, die kommen aber meistens aus den ländlichen Zahlstellen.

Die Anträge von 81 bis 91a werden dann einzeln behandelt und im für und Wider abgewogen. Soweit Jugendfragen in Betracht kommen, soll der „Steinarbeiter“ demnächst einen Ausbau erfahren. Zur Annahme wird der Antrag 91, gestellt von der Redaktion, empfohlen.

Siebold behandelt dann die Anträge, die sich mit außerordentlicher Schärfe gegen seine politische Mitgliedschaft richten. Eingehend schildert er die Ursachen und die gegenwärtige Lage, der Kern liege in der unterschiedlichen Stellung zum Staat. Und wenn er zur KPD oder USV übergetreten wäre, kein Mensch hätte bei ihm von Disziplinbruch geredet, und im Grunde wäre das keine andere Handlung gewesen. Man könne bei solchen politischen Angelegenheiten und auf die Spitze getriebenen Auseinandersetzungen nicht mit solchen Einwendungen kommen, denn in dem Augenblick, wo ein Andersdenkender in Acht und Bann getan wird, wie es im Mittelalter auf den Kirchenkonzilien Mode war, kann man nicht mit Unterordnen und Disziplin kommen, da hat es einfach aus und wird Selbsthilfe. Und die Selbsthilfe nicht aus Rechtsaberei, nicht aus Stänkerei, nicht um Unordnung in die Bewegung zu bringen, sondern aus der ehrlichen Ueberzeugung heraus, dem sozialistischen Gedanken, im Interesse der Gesamtheit des Volkes besser zu dienen. Also die Disziplin ist in diesem Fall Geistesterror, Kadavergehorsam schlimmer Art, den er als denkender Mensch ganz entschieden ablehne. Die Delegierten hätten nun zu unterfragen auf Grund seiner Redaktionsstätigkeit, wie überhaupt der Tätigkeit für unsere gewerkschaftliche Bewegung, ob er 1. ein Mißtrauensvotum verdien, 2. ob er zum Teufel gejagt werden soll, 3. ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, ihn aus dem Verband zu entfernen.

Einige Pressenotizen wurden dann von ihm verlesen, die Empörung unter den Delegierten wegen ihrer beschimpfenden Art auslösten. Ferner werden an Hand einiger Vorgänge das Zustandekommen der Ausschüßanträge beleuchtet. Dadurch sei zu erfahren, wie einige wünschen, den Gang der Verhandlungen zu beeinflussen. Dem Urteil des Verbandstages sehe er mit Ruhe entgegen im Bewußtsein seiner geleisteten Arbeit für den Verband. Denn zur Debatte und Beurteilung steht die Redaktionsstätigkeit in den verflochtenen zwei Jahren.

Den Bericht der Revisoren und den der Pressekommission erstattet der Kollege Neumann vom unbesoldeten Vorstand. Im Verbandsvorstand haben in der Berichtszeit 53 Vorstandssitzungen stattgefunden und 4 außerordentliche Sitzungen. 740 Anträge waren zu erledigen. Davon betrafen 119 Maßregelungsunterstützung, wovon 5 abgelehnt wurden. Von 123 Rechtschüßanträgen wurden 5 abgelehnt. Von 11 Umzugsunterstützungsanträgen wurde einer abgelehnt. 465 Notfallunterstützungsanträge lagen vor, 11 wurden der Fürsorge überwiesen, 23 abgelehnt. Die Begründung ist oft so mangelhaft, daß die Erledigung darunter leidet. Ausschüßanträge gingen 91 ein, 3 abgelehnt, 2 wurden vom Verbandsauschüß wieder rückgängig gemacht. Auch Darlehnsgefuche gingen ein, die durchweg abgelehnt werden.

Revisoren haben 8 ordentliche und eine unverhoffte stattgefunden; Kasse und Belege waren immer in bester Ordnung. Bei der Pressekommission sind 2 Beschlüsse eingegangen (Wodum und Zwidau). In beiden Fällen trat die Kommission der Auffassung des Redakteurs bei. Redner schildert diese beiden Sachen eingehend. Im übrigen sei an der redaktionellen Tätigkeit allgemein nichts auszusagen. Die politische Einstellung bedauert die Pressekommission.

Neumann wendet sich dann gegen eine eventuelle Ueberfiedlung des Verbandsbüros nach Berlin. Die Struktur des Verbandes ließe das nicht zu. Mit der Vertretung bei Behörden in Berlin könne wohl ein dortiger Angestellter der Zahlstelle beauftragt werden. — Wenn der Vorstand in seiner Tätigkeit kritisiert werde, mögen die Delegierten nicht übersehen, daß auch der unbesoldete Vorstand die Verantwortung mit trage. Gemeinsames Ziel der gesamten Verbandsleitung sei immer: das Wohl des Gesamtverbandes.

Kollege Eisner gibt den Bericht des Verbandsauschüßes. Betrifft das Zusammenarbeiten mit dem Verbandsvorstand, die Vorgänge mit dem früheren Gauleiter in Köln (Kirsch). Die Wahl des Gauleiters Herrmann an Stelle des erkrankten Kollegen W. Lohse, dessen aufopfernde Tätigkeit Eisner lobend hervorhebt. Der Verband sei ihm dafür Dank schuldig.

Ueber Geldanlage und Revision der Hauptkassette verbreitet sich der Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in der Hauptkassette besonders hervor. Die einzelnen Beschlüsse, die beim Ausschuss eingelaufen sind, wurden von Eisner eingehend erörtert, ebenso die Rückgängigmachung der Ausschüsse von Knopp (Köln) und Kraus (Rieschhausen). Er wünscht für die Zukunft eine eingehendere Prüfung solcher Ausschlußsachen. Die Anträge, die sich gegen die Entscheidung des Ausschusses richten, möchten abgelehnt werden. Die beantragte Sitzverlegung scheint ihm zur Zeit undurchführbar zu sein bei der bestehenden Wohnungsmot und den zu erwartenden Kosten.

Wenn auch in manchen Punkten der Ausschuss anderer Meinung ist wie der Vorstand, so sei aber festzustellen, daß die Mitglieder des Zentralvorstandes einschließlich des Redakteurs ihre Pflicht in vollem Maße erfüllt haben. Der Verbandsausschuss beantragt, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen, und bittet um möglichst einstimmige Annahme.

Die Aussprache eröffnet Müller (Striegau), der ersucht, daß der Verbandstag sich die Entscheidung der Steinsetzung ebenfalls zu eigen mache, mit einigen Änderungen, die er im einzelnen begründet. Diese Änderungen sind so, daß auch die Natursteinindustrie in Verbindung mit dem Straßenbau gebracht wird. Soweit die Qualitätsarbeit in der Entscheidung erwähnt wird, müsse eingefügt werden:

„Der Verbandstag erwartet, daß die Unternehmer der deutschen Natursteinindustrie die Herstellung von Qualitätsarbeit durch ausreichende Entlohnung unterstützen werden.“

Im weiteren weist Müller darauf hin, daß der Osten ganz allgemein von der Reichsregierung stiefmütterlich behandelt werde. Die dortige Steinindustrie samt ihren Arbeitsträgern leide darunter. Die Verbandsleitung solle das ebenfalls im Auge behalten und zu beeinflussen versuchen. Müller verbreitet sich dann über die Kampfmöglichkeit im schlesischen Steinbruchgebiet und über die vorliegenden Anträge zur Verschmelzung. Die schlesischen Steinarbeitergehälter gebieten eine beträchtliche Erhöhung. Bei den Anträgen gegen den Redakteur beweise er, daß alle Mitglieder der betreffenden Zahlstelle dahinterstehen.

Lohman (Dornreichenbach) bezieht sich auf die Möglichkeit von Reichslohntarifen, weil dadurch Bezirke mit besseren Lohnbedingungen zurücksetzen müssen. Dann wünscht er bei künftigen Verbandstagen eine so zeitige Bekanntmachung der Vorstandsentscheidungen, daß die Zahlstellen sich mit den ihnen darauf einrichten können. Lohman beantragt die Sitzverlegung des Verbandes an den Ort, an dem die Sitzverlegung der Reichslohntarife in der gesamten Schleifereigruppe. Aber es läge keine Veranlassung vor, mit den beantragten scharfen Mitteln gegen den Kollegen Gausleiter Schmidt vorzugehen. Weiter wünscht Redner auch die sonstigen Kosten (außer Gehalt) der Bezirksleiter auf die Hauptkasse zu übernehmen. Die Anträge 92-95 gegen den Redakteur gehören nicht vor den Verbandstag. Er bedauere auch diese sächsischen Vorgänge, aber das könne auch nur dort passieren. Die Ausschlußsache Kraus möge endlich zum Abschluß kommen; denn im Odenwald leide darunter die Verbandsarbeit. Die Vorgänge werden eingehend von ihm geschildert. Die Entscheidung darüber solle zurückgestellt werden, bis eine bevorstehende Gerichtsentscheidung vorliege.

Wiedenhammer (Hemsbach) wendet sich ebenfalls gegen die beantragte Sitzverlegung. Es sei doch schon manches Gute von Leipzig gekommen. Er empfiehlt die Annahme des Antrages 49. Das Fichtelgebirge sei tatsächlich das Schmerzenskind in der Schleifereigruppe. Redner verbreitet sich eingehend über den Abschluß des Reichslohntarifs in der gesamten Schleifereigruppe. Aber es läge keine Veranlassung vor, mit den beantragten scharfen Mitteln gegen den Kollegen Gausleiter Schmidt vorzugehen. Weiter wünscht Redner auch die sonstigen Kosten (außer Gehalt) der Bezirksleiter auf die Hauptkasse zu übernehmen. Die Anträge 92-95 gegen den Redakteur gehören nicht vor den Verbandstag. Er bedauere auch diese sächsischen Vorgänge, aber das könne auch nur dort passieren. Die Ausschlußsache Kraus möge endlich zum Abschluß kommen; denn im Odenwald leide darunter die Verbandsarbeit. Die Vorgänge werden eingehend von ihm geschildert. Die Entscheidung darüber solle zurückgestellt werden, bis eine bevorstehende Gerichtsentscheidung vorliege.

Schmitt (Rostock) behandelt den Abschluß des Reichslohntarifs. Den Kollegen Schmidt treffe dafür nicht allein die Schuld. Dann wendet er sich gegen die wenigen Verschmelzungsanträge. Die Zahlstelle Rostock verurteilt die Treiberei gegen den Redakteur. Bei Harz (Röwenberg) bespricht die schlechte Lage der Sandsteinindustrie, im besonderen der Schleiferei. Dann befürwortet er eine Regelung der Lehrlingsfrage, behandelt unsere Forderung im Hinblick auf die Berufskrankheit.

Loh (Weinlau) verbreitet sich über die Tarifverhältnisse in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, spricht seine Befriedigung aus, weil die Gehälter der Bezirksstellen auf die Hauptkasse übernommen werden sollen. Das Bildungswesen in Sachen der Wanderkurse erfordert einen weiteren Ausbau. Er wendet sich dann gegen die Ausschlußanträge 92-95. Den Austritt des Redakteurs aus der SPD bezeichne er als ehrliche Dummheit.

Wolff (Marienberg) hat den Wunsch, daß der sächsische Vorgang, an dem der Redakteur beteiligt ist, bald wieder ausgelöscht sei. Die Einigkeit sei sehr notwendig. Reichslohntarife für jede Gruppe im Verband zu verlangen sei jetzt wohl noch nicht durchführbar. Die Entscheidung der Steinsetzung sollte der Verbandstag mit der beantragten Einschränkung annehmen. Die Gesundheitsverhältnisse im Beruf spielen eine bedeutende Rolle, auch in seinem Bezirk Westerwald. Die Tarif- und Schlichtungsinstanzen hätten sich im allgemeinen bewährt.

Anders (Berlin): Auch sie würden dazu beitragen, daß die Tagung im Sinne der von Winkler gewünschten Einigkeit verläuft. Unsere Verbandszeitung habe sich bei Wahlen usw. nicht politisch neutral verhalten. Die Sitzverlegung nach Berlin werde doch im Auge behalten werden müssen. Die Rote Gewerkschaftsinternationale habe sich schon oft ernstlich bemüht, mit der Amsterdamer zusammenzukommen; das könne nur erfolgen, wenn beide nachgeben. Auch die Verschmelzungsanträge werden wiederkommen. Redner verbreitet sich dann unter Zwischenrufen der Delegierten über die allgemeine Haltung der Gewerkschaften, des ADGB usw. Er wendet sich dann gegen die Schreibweise des Redakteurs. Er ersucht, den Antrag Berlin „Mißbilligung gegen Siebold“ anzunehmen.

Montag (Halle): Der Verbandstag müsse dem Verband neue Richtlinien geben; wenn die Wirtschaftslage sich bessere, müssen wir aus der Defensive in die Offensive übergehen. Er empfiehlt Annahme des Antrages „Studienkommission nach Rußland“. In der Lehrlingsfrage ist eine tarifliche Regelung notwendig. Alle Verschmelzungsanträge sind heute nicht diskutabel, aus den Gründen, die Kollege Winkler hervorgehoben hat. Einigkeit ist notwendig, um das Vorgehen der Unternehmer abzuwehren.

Zweiter Tag.

Roth (Düsseldorf) gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Von Bunzlau lag ein Wahlprotokoll vor, den die Kommission nicht beachten konnte. Sie beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Bedauerlich ist, daß eine Anzahl Kandidaten sich an der Wahl nicht beteiligt hat. Dem Antrag der Kommission wird zugestimmt.

Preßlich (Halle) wendet sich gegen die angebliche Beschränkung der Redezeit, die dem Kollegen Anders am ersten Tage zuteil wurde. Er vermisst im mündlichen Bericht des Vorsitzenden die Auswirkungen der Rationalisierung und Kapitalkonzentration. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, um die Arbeitslosen unterzubringen ist bitter notwendig. Vom Schlichtungswesen erwartet er nichts. Die Verbreiterung der Organisationsbasis sei notwendig; er belegt das mit den umfangreichen Appalarbeiten auf den Straßen Frankfurts. Die Anstellung Kirfels war ein großer Fehler. Dann wendet sich Redner gegen die Schreibweise des Redakteurs, der sogar die Profitinteressen der Unternehmer in einem Artikel vertreten habe (Eisenbahnverwaltung Halle und Schotterpreise). Deshalb die Ausschlußanträge.

Der Vorsitzende Eisner weist die Behauptung betreffs Beschränkung der Redezeit zurück. Anders habe weit über die festgesetzte Zeit geredet.

Senft (Liegnitz): Wir müssen unsere Tarife in Uebereinstimmung bringen mit der neuen Reichsarbeitsordnung. Er wendet sich dann gegen Preßlich. Der Hoffe, daß keine Gehaltserhöhung für die Angestellten eingetreten sei, wenn er dieses nun umgekehrt sage, gebe es jedenfalls eine Aufregung. Achtstundentag, Familienleben gebe es für die Angestellten nicht, nun versuche man, ihnen auch noch die politische Meinungsfreiheit zu nehmen. Senft befürwortet dann den Antrag 231 und behandelt ausführlich das Ausschlußverfahren gegen Kraus. Auch der Antrag 226 müsse an-

genommen werden, um die durch Berufskrankheit geschädigten Kollegen zu ihrem menschlichen Recht zu verhelfen. — Zum Kassensbericht weist Senft darauf hin, daß die Beitragsumgebung noch sehr groß ist, ebenso die Spanne zwischen Stundenlohn und Akkordverdienst; wodurch die Beitragsrücker erleichtert wird.

Riebl (Weucha) warnt vor Verschmelzung mit einer großen Organisation. Die Bremse bei Bewegungen würde dann noch mehr angezogen. Ein recht ungesunder Zustand ist die Mitgliedschaft von Steinarbeitern in anderen Organisationen; denn sie nehmen die Verbesserungen auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet, die von uns geschaffen werden, ohne weiteres mit in Kauf. — Die Sitzverlegung nach Berlin bitte er abzulehnen. Zu begrüßen ist, daß die Wanderkurse des Verbandes von vielen jüngeren Kollegen besucht wurden. Die Kurse müssen wiederholt werden. Die jüngeren haben durchweg mehr Interesse für Sport usw. als für den Verband. Redner wünscht die Wiedereinführung der Betriebsratsbeilage im „Steinarbeiter“. Siebold habe früher in seiner Schreibweise gefündigt; dadurch sind zum Teil die Anträge gegen ihn entstanden.

Vor. Eisner teilt mit, daß der Antrag 64 (Kündigung des Reichsarbeitsvertrages in der Pflastersteingruppe) zurückgezogen wurde, dafür werde beantragt, im September eine Konferenz dieser Gruppe einzuberufen, die sich mit der Sache beschäftigt. Weiter liege eine Entscheidung Anders vor in Sachen der Differenzen zwischen der englischen Regierung und der russischen und Stellungnahme der Gewerkschaften dazu.

Eggert der Vertreter des ADGB: Die Fülle der Anträge ist Zeugnis von dem regen Anteil der Mitglieder. Die Anträge sind auch dann zu begrüßen, wenn sie in die Irre gehen. Die letzteren können bei kollegialer Aussprache, die von gegenseitiger Achtung getragen ist, doch Nutzen haben. Der Antrag Kraus münzsch fordert Hinwirkung auf die Absetzung des Bundesvorsitzenden Leipart wegen seines Verhaltens zur Silberberg-Rebe. Silberberg hatte eine Gruppe deutscher Industriellen um sich versammelt zu dem Zweck, mit der bisherigen Methode der Arbeiterbekämpfung zu brechen. Sie sollten anerkennen, daß sie in ihrem tatsächlichen Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft oft gesündigt haben. Wenn das Unternehmertum mit dieser Tradition breche, und wenn es gemeinsam gelänge, die schweren Probleme im Interesse der Republik zu lösen, dann könne man den Staat bejahen. Deutschlands Wirtschaft sei sozialpolitisch so belastet, daß sie angesichts der Weltkonkurrenz und Reparationsverpflichtungen einen schweren Stand habe. Sie müsse den nötigen Ablass finden im Interesse der 50 Prozent betragenden Industriebevölkerung. Die Frage Silberbergs, ob die deutsche Arbeiterschaft bereit sei, in eine deutsche Koalitionsgemeinschaft zu gehen hat Leipart bejaht. Das ist sein ganzes Verbrechen. Bei der Frage, um welchen Staat, um welche Staatsform, soweit sie politisch in Frage kommt, die Arbeiterschaft eher an den Hebel der politischen Macht bringen, als es im alten Staat möglich war. Wir sollten bekennen, daß wir diesen Staat bejahen. Die Gegner verweise er auf die nordischen Länder, wo kein Mensch in der arbeitenden Welt an die Idee glaubt, daß sich die Arbeiterklasse abspalten müsse. Es sei falsch zu glauben, nach einer Schablone in der ganzen Welt die Arbeiterbewegung gestalten zu können. Leipart hat diese Frage auch in politischer Beziehung bejaht. Daß das falsch sei, will man mit einem Worte beweisen, nach dem wir in einer Koalition die Verlierenden und die Bürgerlichen die Gewinnenden seien. Heute würde Bebel das nicht mehr aussprechen. Auch große Männer irren. Als Legien auf dem Parteitag in Köln sagte, die Gewerkschaften wollten ihre ganze Kraft einsetzen, um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu gewinnen, antwortete Wilhelm Liebknecht: „Ehe ihr in der Lage seid, hunderttausende Arbeiter zu organisieren, werden unsere flaggenreichen Fahnen wehen.“ Legien erwiderte, er fühle es, daß die Entwicklung anders gehe. In der Koalition ist viel Arbeit geleistet worden, die die Dummheit nicht erfährt. Was Braun und Severing für die arbeitenden Klassen getan haben, wagt kein anständiger Mensch zu leugnen. Es sei ein Akt der Loyalität, den Antrag 7 von Raunmünz zurückzuziehen. (Zustimmung der Delegierten.) Zu den Anträgen, die sich gegen den Redakteur des „Steinarbeiter“, Siebold, wegen dessen politischer Einstellung wenden, bemerkt Eggert, daß bei einem unparteiischen Schiedsgericht die politische Seite ausgeschaltet bleiben würde. Ein Redner habe das treffend gesagt, als er meinte, wenn der Redakteur nicht in Leipzig wohne, hätten wir diesen Fall nicht. Das sei zweifellos richtig. Es kommt auf das Gewerkschaftliche an, das hat auch der Verlauf der Debatte bewiesen. Zum Antrag Berlin, der Herstellung der Internationalen Gewerkschaftseinheit verlangt, führt Redner aus, Vorbedingung sei nicht die Stellung eines Antrages, sondern daß der Bruderkampf aufhört. Verständigung ist nichts, der Geist ist alles. Die Einheitsfront der Gewerkschaften in der Welt will jeder, aber so, daß keiner ungebührliche Konzessionen machen muß. Die Forderung der Vereinheitlichung des Beitrags- und Unterstützungsweises der dem ADGB angeschlossenen Verbände hat ihre Schwierigkeiten. Aber die dahingehende Arbeit hat begonnen.

Was die Verschmelzung mit anderen Verbänden betrifft, so sei er mit den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Winkler nicht einverstanden. Winkler habe auf die Kapitalkonzentration in der Steinindustrie hingewiesen. Wenn man diese Entwicklungslinie ins Auge faßt, bleibt wahr, was der Breslauer Gewerkschafts-kongreß über den Zusammenschluß zu Industrieverbänden ausgesprochen hat. Der Steinarbeiterverband sage, er sei selbst ein Industrieverband. Aber das kann nicht zutreffen, weil sich um die Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband schon zwei andere Verbände bemühen. Zu der vorgelegten Entscheidung Anders (Berlin), die sich mit dem prorussischen Vorgehen Englands gegen Rußland befaßt, die gesamte Arbeiterschaft zum Protest aufruft und vom ADGB fordert, schleunigst die Einheitsfront mit den russischen Gewerkschaften herzustellen, erklärt Eggert, die englischen Gewerkschaften seien Mitglieder der Amsterdamer Internationale und stünden mit den deutschen Gewerkschaften in enger Fühlung. Wenn die englische Gewerkschaftsbewegung unsere Hilfe in dieser Frage braucht, wird sie schon einen entsprechenden Ruf an uns ergehen lassen. Vom tatsächlichen Standpunkt aus ist die Entscheidung abzulehnen. Der Vertreter des Bundesvorstandes erhält lebhaften Beifall.

Schuster (Demitz) befürwortet den Antrag 2, weil er zur Verringerung der Anträge beiträgt. Einen Zusammenschluß mit dem Baugewerksbund halte er nicht für praktisch. Das Lehrlingswesen ist in einigen Bezirken geregelt, wir müssen es auch allgemein tariflich festlegen. Sein Bezirk und auch der Ramenser habe an der Schreibweise des Redakteurs nichts auszusetzen; denn die gewerkschaftliche Linie halte er ein. Die technische Beilage erfreue sich besonderer Wertschätzung. Mit der Anregung Müllers zu der Steinseker-Entscheidung ist er einverstanden. Der Antrag Raunmünzsch betriffs Leipart sei eine Beleidigung.

Jung (Berlin) befürwortet den Antrag betreffs der Sitzverlegung nach Berlin, die bessere Fühlungnahme mit den zentralen Instanzen und Behörden bedinge das. In gewerkschaftlicher Hinsicht hat Siebold Gutes geleistet. Wir mißbilligen keinen politischen Schritt; aber ein Mißtrauensvotum stellen ihm die Berliner Kollegen nicht aus.

Osterloh (Bremen) wendet sich ebenfalls gegen eine Verschmelzung mit dem Baugewerksbund. Mit den Löhnen und auch in anderer Beziehung stehen wir besser da. Die Ausführungen des ADGB-Vertreters gefallen ihm nicht, soweit er die Verschmelzungsforderung behandelt hat. Die kleinen Organisationen erfahren leider eine andere Einschätzung als die großen. Unser Verband sei ein Industrieverband. Den Antrag gegen den Redakteur, wie in der Vorlage, habe seine Zahlstelle nicht gestellt. Ein bindendes Mandat habe er auch abgelehnt. Dann plädiert Redner für eine zweite angestellte Kraft im Gau 1 NW.

Sarfer (Karlsruhe) erklärt, daß mit den Anträgen 7 und 36 von Raunmünzsch kein Delegierter des 6. Gaues etwas zu tun habe. Er zieht die Anträge unter Beifall der Delegierten zurück.

Mau (Stettin) spricht für Ausbau der Bezirksstelle. Kein Redakteur könne es allen recht machen. Die Wanderkurse sind zu begrüßen. Gegenüber der Resolution Anders erinnere er an die

Munitionslieferung von Rußland, die bekanntlich in Stettin ausgeladen wurde.

Schar (Breitenborn) spricht über den RW in der Pflastersteinindustrie. Die Akkordarbeiter müssen aber auch auf jeden Fall das vorgesehene Akkordlohn verdienen. Auch die Urlaubsüberlegung zeige noch manche Schwierigkeiten. Seine Zahlstelle von 300 Mitgliedern bestehe aus lauter Kommunisten. Die Schreibweise des Redakteurs entspreche nicht der Auffassung der Breitenborner Kollegen, deshalb scharfes Mißtrauen gegen den Redakteur Siebold.

Bed (Hannover) behandelt den vom Kollegen Winkler behandelten Fall in seiner Zahlstelle in Sachen der Streikunterstützung. Er spricht dann gegen die Akkordarbeit im Interesse der Erwerbslosen; wir sollten ihre Befreiung anstreben. Zum Schluß wendet er sich gegen Verschmelzungsgedanken.

Meins (Hamburg) leitet seine Ausführungen mit einem launigen Verschen in plattdeutscher Mundart ein gegen einen Delegierten, der sich beschwert hat, daß die jungen Kollegen im Beruf gewerkschaftlich so uninteressiert seien vor lauter Sport. In der Frage der Unfallversicherung ist noch sehr viel zu tun. Die Jugend muß uns in der Bildungsfrage am meisten am Herzen liegen. Das Wissen allein genüge nicht, Vertrauen sei Vorbedingung. In der Sache der Redaktion solle man nicht so ohne weiteres verurteilen, sondern beurteilen.

Scheibe (Berlin): Unter den Zahlstellen, die Anträge gestellt haben, fällt Raunmünzsch auf, wegen der Fülle und merkwürdigen Tendenz. Anträge, die mit praktischer Gewerkschaftsarbeit nichts zu tun haben. Redner bespricht dann diese Anträge neben anderem und weist nach, daß diese Methode das Gegenteil sei vom Aus- und Aufbauen, habe auch nichts mit der Einigkeit zu tun, die immer von jenen so oft hervorgehoben werde. Den Ausführungen Winklers über die Verschmelzung habe er nichts hinzuzufügen, wünsche aber eine Änderung der Entscheidung im Sinne der Anregung des Bundesvertreter, Kollegen Eggert. Mit dem Inhalt und der Schreibweise des „Steinarbeiter“ sind seine Kollegen einverstanden. Den politischen Schritt in der Trennung von der SPD mißbillige er. Aber für die schmuckige Schreiberei gegen ihn in den SPD-Blättern habe er nur tiefste Verachtung.

Lenz (Gummersbach) weist auf die Mängel des Reichsarbeitsvertrages hin. Redner behandelt dann in längerem Darlegung die Preispolitik der Unternehmer und kommt dann auf die guten Auswirkungen des Zusammenschlusses mit den Steinseker zu sprechen. In der Angelegenheit des Redakteurs stimme er den Darlegungen des Bundesvertreter Eggert zu.

Reis (Kassel) begründet die Anträge seines Bezirks. Die Pflasterstein- und Schottergruppe ist bei Neuanstellungen besser zu berücksichtigen, auch in der Befestigung des Zentralvorstandes bei kommenden Befolgen. Die Notwendigkeit der Annahme des Antrages 240 beweisen die häufigen Unfälle. Ein Ausbau des Bildungswesens müsse erfolgen; denn an geeigneten Funktionären fehle es noch. Wie die Anträge in Sachen Siebold zustandekommen, beweist er an einem Beispiel aus einem Orte seines Bezirks. In der Frage Industrieerwerb müsse die volle Freiheit gewährt werden. In seinem Bezirk hat der „große Bruder“ dreihundert Mitglieder herübergezogen, heute sind diese leider fast alle unorganisiert.

Kollwagen (München) schildert die Münchner Verhältnisse und wünscht, daß der Verbandstag klar ausspricht, daß Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht als Mitglieder aufgenommen werden können. An der Schreibweise Siebolds habe die Münchner Zahlstelle nichts auszusetzen. In der Verschmelzungsforderung glaube er, daß die Entwicklung uns doch dahin bringt. Redner geht dann auf die Beitragsleistung näher ein, aus Anlaß des Berichts vom Kassierer.

Hemm (Heidingsfeld): Der Bericht des Verbandsvorstandes hat gezeigt, daß eine Stabilisierung des Verbandes zu konstatieren ist. Das rote und weiße Sandsteingebiet in Bayern kann noch Mitglieder bringen. Auch er hätte, wie Preßlich, es gern gesehen, wenn die Konzentration und Rationalisierung im Bericht des Vorsitzenden mehr Erwähnung gefunden hätte. Er bedauert, daß der Redakteur sich in den sächsischen Konflikt hat hineinziehen lassen. Redner befürwortet weiter die Anträge aus seinem Bezirk; besonders in der Jugendfrage. Die Wanderkurse seien anzuerkennen. Der Rufus, den er mitgemacht habe, stand auf der Höhe. Der Bezirk wünsche auch, daß alle neuen Verordnungen auf schnellstem Wege im „Steinarbeiter“ bekanntgegeben werden.

Gigler (Wunsiedel): In unserm Bezirk haben wir von einer Besserung der Löhne nicht viel gespürt. Bei künftigen Anstellungen müsse das Statut besser beachtet werden, das habe der Fall Kirfel bewiesen. Redner bespricht ausführlich den Streik im Fichtelgebirge. Das Lehrlingswesen erfordert dringend eine Regelung. Die Anträge 234 und 235 empfiehlt er zur Annahme.

Wunderlich geht in längerem Ausführungen auf den Antrag 67 und den Streik im Fichtelgebirge ein. Die erhobenen Vorwürfe gegen Schmidt seien ungerechtfertigt. Das müsse veranlassen, daß der Antrag 67 vom Löbauer Delegierten Jeschke zurückgezogen wird. Redner bespricht dann die angeklagte Frage der Reichslohntarife, der Lehrlingsregelung, das kommende Berufsausbildungsgesetz und die Rationalisierung im allgemeinen.

Schmidt (Wunsiedel) geht auf den Antrag 67 ein, der seine Funktionsenthebung verlange. Das Unhaltbare dieses ungerechten Antrages weist dann Schmidt noch in längerem Darlegungen über die Entwicklung und die Vorgänge beim Fichtelgebirgsstreik nach. Für seine Ausführungen wird ihm Beifall gesendet.

Mühle (Dresden) wendet sich zunächst gegen die beantragte Sitzverlegung, legt auch die Gründe dar, warum seinerzeit die Verlegung von Berlin nach Leipzig erfolgte. Die Bildungsforderung begrüßt Redner, alle diese Gewerkschaftsarbeit betrachte er als ein Teil Kampfs. Redner wendet sich dann gegen Preßlich in der Kritik des Artikels im „Steinarbeiter“, der die Preisbildung von Schotter behandle. Das sei keine Vertretung von Unternehmerinteressen, sondern liege durchaus auf unserer Linie im Interesse der Mitglieder.

Müd (Mannheim) wendet sich gegen jede Verschmelzungsidee, die er an Hand seiner Erfahrungen in Mannheim kennen gelernt habe. Die Gewerkschaft, so gut sie allgemein sei, habe uns in der Gradstein- und Kunststeinbranche so viel „Freiheit“ gebracht, daß dort eine große Lehrlingszüchterei herrschte. Er halte es für selbstverständlich, daß die Anträge 92-95 vom Verbandstage abgelehnt werden.

Fuchs (Kappelrodt) weist an Hand der Statistik nach, welche Entwicklungsmöglichkeit unsere Organisation noch hat. Die Wanderkurse haben unter den Kollegen Freude hervorgerufen. — Redner streift den gegenwärtigen Streik im Schwarzwald und die auch dort betriebene Lehrlingszüchtereie zu halben Steinhauern, denn die Meister haben kein Recht Lehrlinge anzunehmen. 90% dieser haben keinen Lehrvertrag. Redner weist dann nach, daß gewisse Anträge von der RW-Leitung in Mannheim stammen.

Henneberger (Kirchheim). Der Vorstandsbericht verdiene zweifellos das Vertrauen der Kollegen. Er freue sich über die sachliche Debatte und zieht Vergleiche mit früheren Tagungen. In der Verschmelzungsforderung sollten wir weitfichtiger sein. Ueber den Redakteur sei schon genug geredet worden, trotz der Beurteilung seines Schrittes, sei er in Süddeutschland doch gern gesehen. Auch die Lehrlingsfrage behandelt der Redner.

Gra (Kammelsbach). Verbreitet sich über den RW in der Pflastersteinindustrie. Die Rückständigkeit einiger Belegschaften werde von dem Arbeitgeber natürlich ausgenutzt. Die Schlichtungs- und Tarifinstanzen in diesem Vertrag haben sich durchaus bewährt. Die 45-Stunden-Woche sei erstrebenswert. Vorbedingung ist das Einstellen der Ueberstunden. Unsere Parteiblätter in der Pfalz haben von dem sächsischen Streit nichts gebracht, das war gut und richtig. Auf Abhaltung der Wanderkurse warten wir in der Pfalz sehr.

Gottwald (Gleiwitz) glossiert die Anträge zur Verschmelzung der beiden Internationalen und weist nach, daß es viel am meisten fehle, gerade von jener Seite, die die Vereinigung immer propagiere. Eingehend bespricht Redner die Verhältnisse in Oberschlesien, durch bessere Beachtung in der Agitation könne noch viele Mitglieder dort für unseren Verband gewonnen werden. Damit ist der 2. Verhandlungstag erschöpft. Ueber die folgenden in der nächsten Nummer des Steinarbeiter.